

## Die inszenierte Reichsbürger– Lüge zur gezielt politischen Verfolgung der Opposition in Deutschland?



Warum gibt es die deutsche StAG 5.2.1934 noch heute?  
- Nachhilfe auf Sesamstraßen Niveau  
- Film belassen!

### Neue Filme Hinzufügen:

Dokumentation: Warum Deutschland immer noch kein souveräner Staat ist  
<https://www.youtube.com/watch?v=33ciDiDsfwc>

Deutschland ist eine US Kolonie und immer noch nicht Souverän?  
<https://www.youtube.com/watch?v=aYycCfBDEHI>

# Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

## Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl. zB. BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <26>), daß das deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des deutschen Reiches.



*Steigen Sie jetzt in die Befreiung ein !*

**Staatenlos.info**

### Bundes"verfassungs"gerichtsurteil 2 BvF 1/73

1. Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363]), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt "verankert" (BVerfGE 2, 266 [277]). Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" tragen - auch - die vier Mächte (BVerfGE 1, 351 [362 f., 367]).

Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert (vgl. Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates - StenBer. S. 70). Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich", - in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings "teilidentisch", so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht. Die Bundesrepublik umfaßt also, was ihr Staatsvolk<sup>\*)</sup> und ihr Staatsgebiet anlangt, nicht das ganze Deutschland, unbeschadet dessen, daß sie ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechtssubjekts "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem die eigene Bevölkerung als untrennbarer Teil gehört, und ein einheitliches Staatsgebiet "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem ihr eigenes Staatsgebiet als ebenfalls nicht abtrennbarer Teil gehört, anerkennt.

Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hohelthsgewalt auf den "Geltungsbereich des Grundgesetzes" (vgl. BVerfGE 3, 288 [319 f.]; 6, 309 [338, 363]), führt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes). Derzeit besteht die Bundesrepublik aus den in Art. 23 GG genannten Ländern, einschließlich Berlin; der Status des Landes Berlin der Bundesrepublik Deutschland ist nur gemindert und belastet durch den sog. Vorbehalt der Gouverneure der Westmächte (BVerfGE 7, 1 [7 ff.]; 19, 377 [388]; 20, 257 [266]). Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden (BVerfGE 11, 150 [158]). Deshalb war z.B. der Interzonenhandel und ist der ihm entsprechende innerdeutsche Handel nicht Außenhandel (BVerfGE 18, 353 [354]).

<sup>\*)</sup> Das Bundesministerium des Innern ist der Auffassung, dass es kein Staatsvolk der OMF-BRD gibt!

Gebärdensprache  Leichte Sprache English Français عربي

Suchwort eingeben



# Deutscher Bundestag

Der Bundestag - Dokumente - Mediathek - Kultur & Geschichte - Presse - Besuch

Startseite > Presse > Aktuelle Meldungen (hib) > 06

- Pressemitteilungen
- Aktuelle Meldungen (hib)**
- Akkreditierung
- Termine
- Bilderdienst, Bildarchiv
- Mitschnittservice
- Pressedokumentation
- Kontakt

## Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich"

**Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015**

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich" nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort (18/5178) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 (18/5033). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, "damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann".

Auch unterwegs aktuell informiert mit der **kostenlosen App "Deutscher Bundestag"** und unter [m.bundestag.de](http://m.bundestag.de).

### **Beweisführung der politischen Verfolgung kritischer Menschen, Bevölkerungsteile und der nicht gesteuerten Opposition in Deutschland staatenlos.info e. V.**

Insbesondere ab Sommer 2016 wurde dem Anschein nach einer geheimdienstlichen Planung über die gesteuerten Massenmedien der Bundesrepublik Deutschland eine imaginäre sogenannte „Reichsbürgerbewegung“ inszeniert, welche es in der Realität aber in Deutschland weder gab noch bis zum heutigen Tag gibt.

Der nationalsozialistische Staatsbegriff „Reichsbürger“ bedeutet die Reichsbürgerschaft – unmittelbare Reichsangehörigkeit von 1934 - Reichsregierung unter Adolf Hitler und ist damit gleichbedeutend das der betroffene Mensch automatisch Nazi und Antisemit ist.

Damit befindet sich in logischer Schlußfolgerung derjenige Mensch in einen persönlichen Feindstatus des alliierten Feindstaatenbündnisses UNO gegen DEUTSCH-land. (Vereinte Nationen (VN), englisch United Nations (UN), häufig auch UNO für United Nations Organization)

Gemäß den bis zum heutigen Tag gültigen UN- Feindstaatenklauseln ist damit jeder einzelne stammes- herkunftsrechtliche Deutscher/ Deutsche als „Reichsbürger“ stigmatisiert potenziell im Visier dieses aktuellen alliierten Kriegsbündnisses UNO. Die verantwortlichen Auftraggeber - Erfüllungsgehilfen der Bundesrepublik in

Deutschland befeuern und untermauern mit der Reichsbürgerpropaganda genau diesen Umstand gegen alle regimekritischen Bevölkerungsteile in Deutschland. Dass die Auswirkungen deines heimtückischen Krieges gegen die deutschen Völker für jeden einzelnen Menschen vernichtend sind bedarf keiner weiteren Erläuterung, weil offenkundige Tatsachen keines weiteren Beweises mehr bedürfen.

Ein erklärbares Ziel der Hintergrundmächte kann es sein die rechtmäßigen Alteigentümer auf das deutschen Heimatland - Stammesgebiet der deutschen Völker ethnisch zu vernichten, um die ebenfalls offenkundige 2+4 Vertragstauschung der BRD-DDR von 1990 für alle Zeit zu verewigen.

(siehe auch Handlungsgrundlagen aus der DDR- Staatssicherheit zu deren Operationen: „Aktion Ungeziefer“, „Aktion Rose“, „Aktion Ostseeküste“)



Feindstaatenklausel

Die **Feindstaatenklausel** ist ein Passus in den Artikeln 53 und 107 sowie ein Halbsatz in Artikel 77 der *Charta (oder Satzung) der Vereinten Nationen* (SVN), wonach gegen Feindstaaten des **Zweiten Weltkrieges** von den Unterzeichnerstaaten Zwangsmaßnahmen ohne besondere Ermächtigung durch den **UN-Sicherheitsrat** verhängt werden könnten, falls die Feindstaaten erneut eine **aggressive Politik** verfolgen sollten. Dies schließt auch **militärische Interventionen** mit ein. Als Feindstaaten werden in Artikel 53 jene **Staaten** definiert, die während des **Zweiten Weltkrieges** Feind eines **Signatarstaates** der UN-Charta waren (also primär **Deutschland** und **Japan** – genau genommen das **Deutsche Reich** und das **japanische Kaiserreich**).

**und viele weitere Beweisdokumente.**

Verantwortliche in bundesdeutschen Behörden- und Justizorganen decken offensichtlich die vielen völkerrechtswidrigen Vorgänge - Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Deutschland und verfolgen stattdessen „*im Auftrag*“ die Opposition staatenlos.info e. V. - vor allem dessen Präsidenten Rüdiger Hoffmann.

Staatenlos.info e. V. - Kommission 146 Deutschland, insbesondere der Präsident Rüdiger Hoffmann wird in Deutschland von Personen aus deutschen (Geheim-)

Diensten, der deutschen Justiz und den BRD- Behörden politisch massiv verfolgt und mit vielfältigen, gesetzlich illegalen Aktionen verunglimpft und kriminalisiert und mit einer Vielzahl von Verbrechen überzogen um das unbequem - hochbrisante Thema der sogenannten „Deutschen Frage“ und die daraus resultierende Generallösung zur Befreiung Deutschlands, Europas und letztendlich der Welt aus der Kolonie und zur Wiederherstellung des Welt-Friedens zum Schweigen zu bringen.

Siehe dazu die beweiskräftigen Dokumente in der Rubrik:  
Geheimdienst OPERATION ZERSETZUNG gegen die Opposition in Deutschland (SSL OP Target)

<https://staatenlos.info/aktuelle-themen/882-geheimdienst-operation-zersetzung-gegen-die-opposition-in-deutschland.html>

Speziell dazu wird der nationalsozialistische Staatsbürger-Begriff „**Reichsbürger**“ als eine Art Schmähbegriff / Schimpfwort zielgerichtet zur Verunglimpfung von staatenlos.info e. V. und aller regimekritischen Menschen, Menschengruppen und Minderheiten auch das in typisch nationalsozialistischer Propaganda-Terminologie / angewendet.

Das Personal der bundesdeutschen Behörden und Justizorgane wird offenkundig bis zum heutigen Tag im Umgang mit kritischen Menschen in einer Art „nationalsozialistischen Reichsbürger-Kampfführung“ ideologisch regelrecht gedrillt.

**Herkunft des nationalsozialistischen Kampfbegriffs „*Reichsbürger*“ zur politische Verfolgung aller andersdenkenden Menschen, Minderheiten und Bevölkerungsteile in Deutschland:**

**Beweisführung:** Der staatsrechtliche Begriff „**Reichsbürger**“ wurde von den führenden Nationalsozialisten Dr. Bernhard Lösener entwickelt und in seinem Standartwerk „Reichsbürgerecht“ definiert.

Dr. Bernhard Lösener ist auch der Erschaffer der sogenannten „Nürnberger Rassegesetze“.

Weitere Definitionen finden sich im sog. „Staatsgrundgesetz“ der Nationalsozialisten „Neues Staatsrecht von 1934“. (Schriftenreihe zum 2Neuaufbau des Reiches“)

Diese nationalsozialistische Staatsbürgerbezeichnung wird ungefähr seit Juli 2016 in Deutschland verstärkt eingesetzt um offenbar grundsätzlich alle (system-) kritischen Menschen in Deutschland automatisch als „Nazis“ und „Antisemiten“ zu brandmarken und in die ebenfalls erfundene sog. „rechte Ecke“ zu stellen.

Diese Vorgehensweis der politischen Verfolgung erinnert an die Verfolgung der Regimekritiker und ethnischen Minderheiten von 1933- 1945 in Deutschland. Heutige (Regime- ) kritiker werden in Deutschland mit unter inhaltlicher Anwendung nationalsozialistischer Zwangsgesetze und Verordnungen entwürdigend sonderbehandelt, enteignet, die Kinder gewaltsam entzogen, zwangspsychiatriert und inhaftiert.

**Beweiskräftige Dokumente – gesetzliche Grundlagen:** *Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerecht von Dr. Bernhard Lösener – Ministerialrat des Innern und Rassereferent im Reichsministerium des Inneren 1. Band, Gruppe 2 Ausgabe 13 von 1934, Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der*

*deutschen Ehre["Nürnberger Gesetze"], 15. September 1935, und die beiden ersten Ausführungsbestimmungen, 14. November 1935, Reichsbürgergesetz (RBG) vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146),*

*Wilhelm Stuckart, Hans Globke: Kommentar zum Reichsbürgergesetz (1936), dazu Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBl. I S. 85 vom 05.2.1934,*

*Verordnung über die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ im Staatsgrundgesetz „Neues Staatsrecht“ 1934, Seite 54,*

*Die deutsche Staatsangehörigkeit: Reichsverordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934- Gustav Zeidler - Mauckisch von 1935*

Der Begriff „Reichsbürger“ ist demnach fachlich und sachlich gleichzusetzen mit dem Schimpf- Schmähwörtern wie „Nazi“ und „Antisemit“ und wird vermutlich daher von bundesdeutschen Propagandisten zielgerichtet als psychologische Propagandawaffe gegen alle (Regime- ) Kritiker und ethnischen Minderheiten in Deutschland und in deutschsprachigen Gebieten wie Österreich sowie der Schweiz eingesetzt.

## **Beweisführung zum nationalsozialistischen Reichsbürgerrecht von Adolf Hitler**

# Reichsbürgergesetz

vom 15. September 1935

## Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre

vom 15. September 1935

## Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz)

vom 18. Oktober 1935

nebst allen Ausführungsvorschriften  
und den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen

erläutert von

**Dr. Wilhelm Studart** und **Dr. Hans Globke**

Staatssekretär

Überregierungsrat

im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern



Jan. 1900

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung  
München und Berlin 1936

# Reichsbürgergesetz.

Vom 15. September 1935.

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

## § 1

(1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.

(2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

## § 2

(1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.

(2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.

(3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

## § 3

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Nürnberg, den 15. September 1935,  
am Reichsparteitag der Freiheit.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Frick

# Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.

Vom 15. September 1935.

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

## § 1

(1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

(2) Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

# Reichsgesetzblatt

## Teil I

1935	Ausgegeben zu Berlin, den 14. November 1935	Nr. 125
Tag	Inhalt	Seite
14. 11. 35	Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz.....	1333
14. 11. 35	Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.....	1334

### Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz.

Vom 14. November 1935.

Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) wird folgendes verordnet:

#### § 1

(1) Bis zum Erlaß weiterer Vorschriften über den Reichsbürgerbrief gelten vorläufig als Reichsbürger die Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, die beim Inkrafttreten des Reichsbürgergesetzes das Reichstagswahlrecht besaßen haben, oder denen der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht verleiht.

(2) Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht entziehen.

#### § 2

(1) Die Vorschriften des § 1 gelten auch für die staatsangehörigen jüdischen Mischlinge.

(2) Jüdischer Mischling ist, wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern teilen abstammt, sofern er nicht nach § 5 Abs. 2 als Jude gilt. Als volljüdisch gilt ein Großeltern teil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

#### § 3

Nur der Reichsbürger kann als Träger der vollen politischen Rechte das Stimmrecht in politischen Angelegenheiten ausüben und ein öffentliches Amt bekleiden. Der Reichsminister des Innern oder die von ihm ermächtigte Stelle kann für die Übergangszeit Ausnahmen für die Zulassung zu öffentlichen Ämtern gestatten. Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.

#### § 4

(1) Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu; er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden.

(2) Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand. Wenn diese Beamten im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben, erhalten sie bis zur Erreichung der Altersgrenze als Ruhegehalt die vollen zuletzt bezogenen ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge; sie steigen jedoch nicht in Dienstaltersstufen auf. Nach Erreichung der Altersgrenze wird ihr Ruhegehalt nach den letzten ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen neu berechnet.

(3) Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.

## Reichsbürger - Propaganda als psychologische Waffe in nationalsozialistischer Terminologie?

Ein Beweis für die extrem regide Vorgehensweise ist das gegen jeden (system-) kritischen Bürger inhaltlich benutzte Pamphlet:

"Reichsbürger. Ein Handbuch"

Herausgeber: [verfassungsschutz.brandenburg.de](http://verfassungsschutz.brandenburg.de)

als eine Art Geheimdienst - Todschlaginstrument gegen alle Systemkritiker und andersdenkenden Menschen.

**Beweis-Quelle:** <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/01/handbuch-umgang-reichsbuerger-verwaltungen-brandenburg.html>

Die verantwortliche Nichtregierungsorganisation / Verein:

„Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung - demos arbeitet in Trägerschaft von "Demokratie und Integration Brandenburg e.V.""

Hauptverantwortlicher Geschäftsführer ist Herr Dirk Wilking

Geschäftsstelle

Benzstraße 11-12

D- 14482 Potsdam

Tel.: ++49 (0)331 740 6246

Fax: ++49 (0)331 740 6247



Die verantwortliche Nichtregierungsorganisation „Amadeu Antonio Stiftung“:

Dazu kommt eine gleichlautende Veröffentlichung der von der BRD gesteuerten und finanzierten „Amadeu Antonio Stiftung“ (SPD)

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12

10115 Berlin

E- Mailanschrift: [info@amadeu-antonio-stiftung.de](mailto:info@amadeu-antonio-stiftung.de)

Tel.: ++49 (0)30 240 886 10  
Fax: ++49 (0)30 240 886 22

**Beweisquelle:** [http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reichsbuerger\\_web.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reichsbuerger_web.pdf)



Damit liegt offenkundig neben strafbewehrten Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie [§ 241 a StGB] politische Verdächtigung, [§ 186 StGB] üble Nachrede, [§ 185 StGB] Beleidigung, [§187 StGB] Verleumdung, [§187a StGB] zielgerichtete Verleumdung und [ § 238 StGB] Nachstellung gegen Personen politischen Lebens auch der Straftatbestand [§ 130 StGB] Volksverhetzung gegen bestimmte Menschen und Menschengruppen – ethnische Minderheiten in Deutschland vor.



Es besteht erhärteter Verdacht, dass heute das Dienstpersonal aller bundesdeutschen Behörden- und Justizeinrichtungen in der nationalsozialistischen Reichbürgerterminologie ideologisch geschult/ gedrillt werden und dadurch nazistisch politisch- ideologisiert befangen sind.  
Die Unabhängigkeit der Verantwortlichen aus den deutschen Behörden - und Justizorganen ist damit völlig untergraben und ausgeschlossen.

Es liegt mit diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch Verstoß gegen [Artikel 97, 103 Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland (BRD)] vor.

Dasselbe betrifft den Gleichbehandlungsgrundsatz und die Menschenrechte. (Grundrechte)

Speziell auch die immer wieder angeführte Unabhängigkeit der Richter ist in der BRD damit völlig ausgeschlossen - damit Verstoß gegen [Artikel 97 Grundgesetz für die BRD, 101 / 103 GG, § 321 a ZPO § 16 GVG und § 45 DriG] analog.

Weiter führen die ideologisch naziterminologischen „Reichsbürgerschulungen“ an bundesdeutschen Behörden, Einrichtungen und in der Justiz zum eklatanten Fehlverhalten des somit reichs-ideologisierten Personals/ Führungskräfte. Weiterhin werden neben der Justiz die bundesdeutsche Polizei- und Sicherheitsorgane in Ihrer Arbeit nachteilig beeinträchtigt und an der realen Verbrechensbekämpfung gehindert.

Die katastrophale Folge ist ein vollständiger Rechtsbankrott/ Stillstand der Rechtspflege und eine erhebliche Beeinträchtigung der Sicherheit und Ordnung in Deutschland.

**Zitat „Rechtsbankrott ist das Unvermögen einer Rechtsordnung, den Rechtsunterworfenen Recht zu verschaffen. Eine Rechtseinrichtung offenbart beispielsweise R., wenn sie Lügner an die Spitze gelangen lässt, Schmierer zu Schriffführern macht, Betrüger zu kassieren, Fälscher zu Protokollanten, Hochstapler zu Beisitzern und Erpresser zur Rechtsaufsicht. Eine Besserung verspricht unter solchen Umständen allein die vollständige Rückkehr zu allgemein anerkannten Werten (z. B. Wahrheit, Freiheit) und Rechtsgrundsätzen (z.B. pacta sunt servanda, Willkürverbot, Wettbewerb usw.).“**

**Beweisquelle** (mittlerweile zensiert): <http://www.rechtslexikon.net/d/rechtsbankrott/rechtsbankrott.htm>

Es ist darüber hinaus stellenweise die Entwicklung eine progromartigen Hass-Stimmung in Deutschland gegen systemkritische Menschen zu beobachten.

Begünstigt wird der besorgniserregende Umstand das auch durch die Vollprivatisierung Deutschlands mit Aufhebung des „Staatsfragments“ der alten Bundesrepublik Deutschland.

**Reichsbürger - Hetzpropaganda zum Beispiel vom deutschen Medienunternehmensverbund ARD NDR BR gegen die Opposition staatenlos.info e. V.**

NDR.de Nachrichten Sport Ratgeber Unterhaltung Kultur Fernsehen Radio Mediathek

Das Beste am Norden Sendung verpasst Sendungen A-Z Audio

NDR

# Panorama 3

Wie Reichsbürger Behörden lahm legen

00:00:02 / 00:06:50

**Panorama 3 - 10.05.2016 21:15 Uhr** Autor/in: Sandra Aid & Kaveh Kooroshy

"Reichsbürger" lehnen die Bundesrepublik Deutschland ab. Die teilweise rechtsextreme Bewegung nervt Ämter und Behörden mit wirren Anträgen, Klagen und Beschwerden.

f G+ Twitter

★★★★★

3,6 bei 194 Bewertungen

NDR fernsehen

www.tagesschau.de/insland/reichsbuergler-117.html

Rechtsextreme Bewegung

## Wer sind die "Reichsbürger"?

Stand: 19.10.2016 16:25 Uhr

Die "Reichsbürger" werden in der Öffentlichkeit oft als Spinner abgetan. Allerdings beinhaltet ihr bizarres Weltbild ein beträchtliches Gewaltpotenzial. Angesichts der Schüsse auf Polizisten ist die Frage: Wurde die Aggressivität der "Reichsbürger" unterschätzt?

Von Patrick Gensing, tagesschau.de

In den vergangenen Jahren haben die "Reichsbürger" zunehmend für Aufsehen gesorgt. Aus mehreren Bundesländern wurden Vorfälle mit Personen gemeldet, die die Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen und behaupten, sie lebten im Deutschen Reich in den Grenzen von 1937. Die Wurzeln der Bewegung sind aber älter; der Geschichtsrevisionismus ist seit jeher ein Grundpfeiler der rechtsextremen Bewegung.

AUTOR

Patrick Gensing, tagesschau.de  
@PatrickGensing bei Twitter

VIDEO

Vier Polizisten bei Schießerei verletzt, tagesschau 14:00 Uhr, 19.10.2016, Jörg Hertle, BR | video

VIDEO

Helko Homburg, Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg, mit Hintergrundinformationen  
tagesschau24 15:00 Uhr, 19.10.2016 | video



RECHTSEXTREMISMUS

## Auch in Berlin und Brandenburg sind die "Reichsbürger" aktiv

Sie erkennen den deutschen Staat nicht an, belästigen Behörden und horten Waffen: Unterschätzen sollte man die Reichsbürger nicht.

19.10.2016, 17:12



Selbst die Russen bleiben nicht verschont...



Reichsbürger Hetzpropaganda des Bayrischen Rundfunk – BR auch gegen Novorussia - die Russen sind auch Reichsbürger?



**Alt bewährter Kaufhausdiebtrick**

***„Haltet den Dieb ruft der Dieb.“***

# Nazitheoretiker sagen:

Der da ist  
ein Nazi!



[www.wissensmanufaktur.net/nazitheoretiker](http://www.wissensmanufaktur.net/nazitheoretiker)

Auftragsschreiber im Internet? Echt oder Fake?

- Kopie -

axel springer

Vertraulich

Axel-Springer-Str. 65  
10888 Berlin

Telefon: 040 3339  
Fax: 040 3339

axelspringer.de

Axel Springer AG • Axel-Springer-Str. 65 • 10888 Berlin

Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern  
Schloss Lennéstr. 1  
19053 Schwerin  
Tel: (0385)  
Fax: (0385)

21.07.2014

Ihre Anfrage vom 15.07.2014

Sehr geehrt

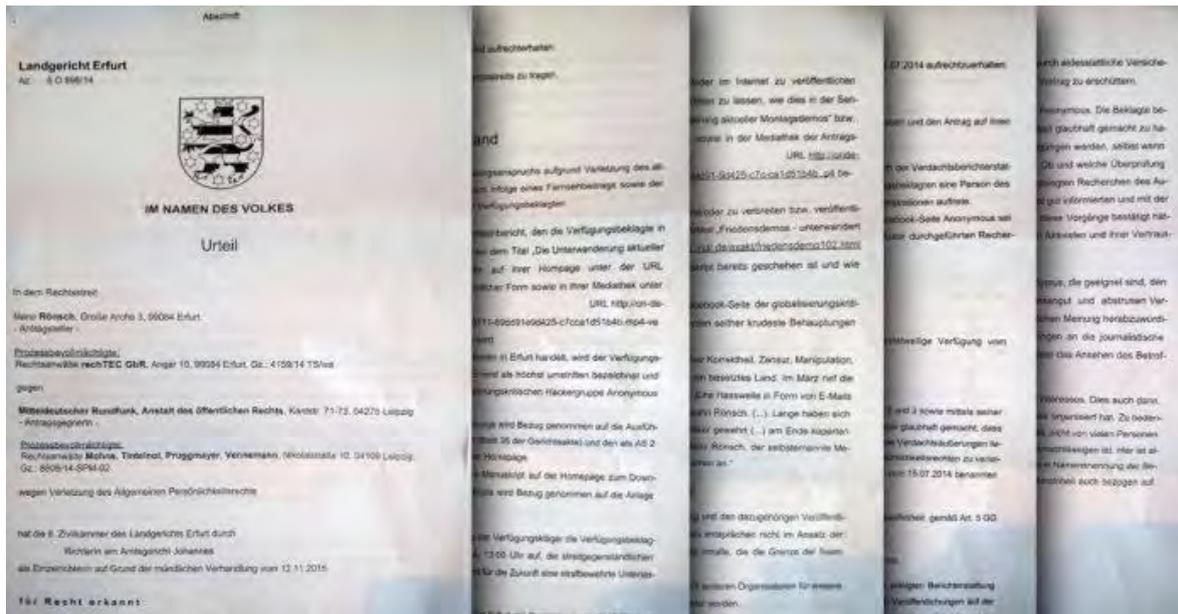
zum aktuellen Zeitpunkt setzen wir 642 Blogger ein, welche sich im Dienstverhältnis einer geringfügigen Beschäftigung nach § 8 SGB IV bis 450,00 € mtl. befinden. Der Einsatzort ist unverändert und beschränkt sich auf die sozialen Netzwerke, sowie auf die verlagseigenen Webseiten.

Als Gegenpol zur russischen Propaganda sollen die Blogger bestimmte prorussische Gruppierungen zersetzen, unterwandern und mit Fehlinformationen beliefern. Wir geben und gaben zu keinem Zeitpunkt Textvorgaben oder gar vorgefertigte Textbausteine für die Blogger. Abgerechnet wird nach Blog / Eintrag / Kommentar mit einer bestimmten Vorgabe der Wortanzahl.

Laut der Vereinbarung vom 12.04.2014 des parlamentarischer Untersuchungsausschuss sollten die zugesagten finanziellen Mittel bereits Anfang Mai eintreffen, was bis zum heutigen Tag noch nicht geschehen ist. Wir weisen freundlich darauf hin, das wir ohne diese Unterstützung uns gezwungen sehen, die Vereinbarung aufzulösen. Wir verzeichnen eine stark steigenden Antipathie bis hin zum Boykott unserer Produkte.  
(Anlage: Umsatzzahlen 06/14)

## Landgericht Erfurt: MDR wegen systematischer Lügen und Falschberichterstattung verurteilt

Von [Anonymous](#) -  
26. Oktober 2016



- 2kmal geteilt

Als Mario Rönch, Bürgerrechtler und Organisator der bundesweiten Montagsmahnwachen, im Mai 2014 gegen den US-finanzierten Putsch der faschistischen Junta in der Ukraine und dessen Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung auf die Straße ging, hätte er sich wohl nicht vorstellen können, einige Wochen später, von deutschen Medien selbst als Neonazi abgestempelt zu werden. Im Juni 2014 sendete der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) zur besten Sendezeit einen Beitrag, indem aber genau das behauptet wurde. Gegen diese und andere unwahre Behauptungen, ist Rönch gerichtlich vorgegangen. Fast 2 Jahre später, im Dezember letzten Jahres, gab ihm das Landgericht Erfurt schließlich in allen Punkten Recht. Das Urteil ist rechtskräftig. Damit wurde erstmalig gerichtlich festgestellt, dass die Berichterstattung des MDR nicht nur gelogen sondern schlichtweg frei erfunden war. Das Urteil des LG Erfurt, ergangen am 17. Dezember 2015, hat der Bürgerrechtler nun im Internet veröffentlicht. Link: <http://bit.ly/1TtO8Pw>

Beweisquelle: <http://www.anonymousnews.ru/2016/10/26/lg-erfurt-mdr-wegen-systematischer-luegen-und-falschberichterstattung-verurteilt/>

<http://www19.zippyshare.com/v/rZ7ioib6/file.html>

**Kampf gegen „Rechts“ = nur ein ideologisches Geschäftsmodell?**



**EX- Bedienstete - inoffizielle Mitarbeiterin der DDR- Staatssicherheit von Erich Mielke, heute Vorsitzende des Vorstands der Amadeu Antonio Stiftung der Amadeu Antonio Stiftung Anetta Kahane - selbst ernannte Menschenrechtsaktivistin zusammen mit der Facebook - Deutschland Geschäftsführung zwecks Zensurbeschuß...**



**Stefan Kramer ist Mitglied des Stiftungsrates der Amadeu Antonio Stiftung. Er war von 2004 bis Januar 2014 Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland und Leiter des Berliner Büros des European Jewish Congress. Seit 1. Dezember 2015 ist er Präsident des Amtes für Verfassungsschutz Thüringen.**

Beweisquelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Stephan\\_J.\\_Kramer](https://de.wikipedia.org/wiki/Stephan_J._Kramer)

## Deutsches „Antifa“ e. V. - Terrornetzwerk - nur billige Instrumente für Machthaber in Deutschland?



*Mitbürger!*



**WIR SIND IMMER BEI EUCH**  
**EURE BUNDESREGIERUNG**  
[www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)



Ist jeder Kritiker heute ein potenzieller Reichsbürger?

**Unsere Zensurpolitik im Internet ist keineswegs gegen die Meinungsfreiheit gerichtet, sondern sie dient lediglich dazu, die Bürger dazu zu erziehen, dass diese ihre Gedankengänge in die Richtung projizieren, welche auch den staatlichen Richtlinien entspricht.**

**Heiko Maas; Bundesjustizminister  
Berlin, am 16. September 2015**



In Satira Veritas by  
Uwe Ostertag

### **Sogenannte "Reichsbürger" erkennen:**

- Neigung zu Esoterik
- Okkultismus (verborgenes, geheimes Wissen)
- Hang zum Verschwörungsdenken
- Kapitalismus-Kritik
- Nehmen an Ostermärschen teil
- Fragen, warum guten Menschen Schlechtes passiert
- Behaupten "intern. Finanzkapital" sei eine kleine, mächtige Gruppe (die aus reinem Eigennutz agiere)
- lesen KOPP + Schild Verlag, Magazin2000Plus
- Glauben an Außerirdische
- Und dass über Massenimpfungem Chips eingepflanzt werden sollen
  
- Engagieren sich in Tauschringen
- Propagieren ökologische Lebensweise
- Sind für biologischen Lebensmittelanbau
- Alternative Lebensweisen  
(Diese 4 Punkte "werden den gesellschaftlichen Verhältnissen in einer globalisierten Welt nicht gerecht")
  
- Sehen in Russland einen Verbündeten

*Amadeu-Antonio-Stiftung*

[http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reichsbuerger\\_web.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reichsbuerger_web.pdf)



Ratschlag: Schaut nicht in Gesetze:

# »WIR SIND WIEDER DA«

**Begeben Sie sich nicht in das Artikel- und Paragraphendickicht.**

Gerade bei Reichsideolog/innen ist eine Auseinandersetzung mit ihren vermeintlich juristisch untermauerten Argumenten schwierig. Die darauf verwendete Zeit können Sie anders besser nutzen. Reichsideolog/innen treten als Fachleute auf, zitieren aus Gesetzestexten und internationalen Verträgen. Durch die ungeheure Fülle an juristischen Dokumenten, aus denen sich die Argumentation von Reichsideolog/innen je nach Vorliebe zusammensetzt, kann es selbst Fachpersonen schwer fallen, Behauptungen sofort als falsch nachzuweisen. Lassen Sie sich gar nicht erst auf eine solche Auseinandersetzung ein. Auch widerlegte Argumente fördern nur wieder neue juristische Schnipsel zu Tage.<sup>11</sup>

**AMADEN ANTONIO STIFTUNG**

VERGLEICHEN SIE DIE VERFASSUNGSDISKURSIONEN MIT DEN VERFASSUNGSDOKUMENTEN

# »WIR SIND WIEDER DA«

**Vermeiden Sie Diskussionen.**

Als organischer Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind Sie in den meisten Fällen vornehmliches Ziel reichsideologischer Aktivitäten. Die Existenz der Bundesrepublik oder die Nicht-Existenz eines Deutschen Reiches nachzuweisen führt meist zu nichts. Bei öffentlichen Veranstaltungen sollten Sie auf die rechtsextremen Inhalte der Reichsideologie hinweisen und damit die Diskussion mit den entsprechenden Personen beenden.

**AMADEN ANTONIO STIFTUNG**

VERGLEICHEN SIE DIE VERFASSUNGSDISKURSIONEN MIT DEN VERFASSUNGSDOKUMENTEN

# »WIR SIND WIEDER DA«

## Die »Reichsbürger«

Die Veröffentlichung wurde gefördert durch das Programm  
»Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern



Gefördert durch:  
Bundesministerium  
des Innern

Zusammenhalt  
durch Teilhabe  
aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundesregierung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

**Die berüchtigte Regierungsinstitution „Sonnenstaatland - SSL“  
(eine Art Gestapo 7 Stasi 2.0 in Deutschland?)**

**„Staat im Staate?“- „Der tiefe Staat“**



# Wer oder was ist das Sonnenstaatland?



Regierungsinstitution Sonnenstaatland SSL  
Abteilung: Öffentlichkeitsarbeit Agent John J. Hollert **SSL Amtsname: drxdsdrxds**

<http://www.sonnenstaatland.com>

[info@sonnenstaatland.com](mailto:info@sonnenstaatland.com)

Tel./Fax: 030-23320773354

Lennéstraße D- 10785 Berlin (unvollständig manipuliertes Impressum!)



**Welche Rolle spielt die weltweit operierende Rechtsanwaltskanzlei CMS  
Law.Tax ???**

Rechtsanwalts-Gemeinschaft

CMS Hasche Sigle

Partnerschaft von Rechtsanwälten und Steuerberatern mbB

<http://www.cmshs-bloggt.de/impressum/>

## **Lennestraße 11 Sonnenstaatland?**

<https://cms.law/de/DEU/Footer-Configuration/Rechtliche-Hinweise>

<https://cms.law/de/DEU/>

[https://www.google.de/?gws\\_rd=ssl#q=sonnenstaatland+gmbh+%26+co+KG,+lennestra%C3%9Fe+7,+10785+berlin](https://www.google.de/?gws_rd=ssl#q=sonnenstaatland+gmbh+%26+co+KG,+lennestra%C3%9Fe+7,+10785+berlin)

## Vergleiche **Über uns – Sonnenstaatland SSL**

<https://www.sonnenstaatland.com/impressum/ueber-uns/>

SSL-Kontakt. Tel./Fax: 030-23320773354. E-Mail: [hallo@sonnenstaatland.com](mailto:hallo@sonnenstaatland.com) ·  
Kontaktformular *Lennéstraße, 10785 Berlin ...*



Verband, Verein oder Organisation

Adresse: Lennestraße 11, 10785 Berlin

Telefon: 030 23320773354

t



## Berlin Deutschland

Das Berliner CMS Büro ist der Hauptsitz der Kanzlei in Deutschland. In Laufnähe zum politischen Zentrum des Landes und zu Entscheidungsträgern beraten wir Sie mit mehr als 50 Anwälten in allen Aspekten des Wirtschaftsrechts. Gegründet 1990, begleitet unser Berliner Büro innovative und zukunftsgerichtete Projekte, insbesondere im Technologie- und Entertainment-Segment, aber auch im Hotelsektor.

T +49 30 2 03 60 0  
F +49 30 2 03 60 2000

berlin@cms-hs.com

Wir beraten Start-ups, Banken, den Mittelstand sowie Großunternehmen und sind für die Bundes- und Landesregierung Berlin und Brandenburg tätig. Unter anderem decken wir in Berlin die Bereiche Arbeitsrecht, M&A, Private Equity &

[Mehr](#)

### Wegbeschreibung

[Mehr](#)

### Standort

CMS Hasche Sigle  
Lennéstraße 7  
10785 Berlin  
Deutschland

Wegbeschreibungen im  
PDF-Format



### Your World First

#### Wie können wir Ihnen helfen?

Senden Sie uns eine Nachricht und wir werden uns mit Ihnen in Verbindung setzen.

[Schreiben Sie Ihre Nachricht](#)

#### Anwälte

Dr. Jörg Zätzsch, LL.M. (Tulane University)



Partner  
Rechtsanwalt  
Berlin



#### Tätigkeitsbereiche

EMERGING & FINANCE

COMMERCIAL

KARTELLRECHT & EU

CONFIDANCE

[Alle anzeigen](#)

#### Veranstaltungen

[Securisation – Regulatory updates](#)



Sonnenstaatland

@Sonnenstaatland

Startseite

Info

Fotos

„Gefällt mir“-Angaben

Videos

Veranstaltungen

Notizen

Mobile App

Beiträge

Eine Seite erstellen

Speichern Teilen Mehr

Wie Schweiz ver...  
1 · 2 Std.  
Weitere Antworten anzeigen

Caessy Meschar ich hab euch ja erst vor ein paar wochen entdeckt (spetember) und nun bin ich schon komissar. ob ich die reichis mit meinem tollen ausweisbeiducken kann?  
38 Min  
3 weitere Kommentare anzeigen

Sonnenstaatland  
3 Std. ·

In eigener Sache ...

„Reichsbürger“ – Wie Online-Aktivsten den Behörden helfen  
Die Website „Sonnenstaatland“ beobachtet die „Reichsbürger“ schon seit Jahren – und hilft damit auch Strafverfolgern. Ein Interview.  
MORGENPOST.DE | VON LEON SCHERFIG

Teilen

86

Top-Kommentare

12 Mal geteilt

Marc N. Wandt Da erarbeitet man sich mühsam einen Ruf als ordentlicher Zeiberterrorist und ihr macht das mit einem Interview kaputt. Keine Zusammenarbeit mit dem VS? Warum finden die Incentives denn immer im Bundesamt statt? Totale

Eine kleine Bemerkung zum "Menschen"-Bild der Reichsbürger. Mich ele... Mehr anzeigen

Andreas Michel  
Heute um 16:34  
<https://www.eine-zeitung.net/2016/10/21/absolut-albern-rheinbuender...>  
Mehr anzeigen

Andreas Michel  
Heute um 16:24  
<https://www.facebook.com/extra3/photos/a.126985678917.103880.37621248917/10154164278963918>

WURDE VON DIESER SEITE MIT „GEFÄLLT MIR“ MARKIERT

Hermann der Info...  Gefällt mir

Alternative Aphor...  Gefällt mir

Dr. Axel Stoll, pro...  Gefällt mir

Deutsch · Русский · English (US) · Türkçe · Español

Datenschutz · Impressum/Nutzungsbedingungen · Werbung · Datenschutzinfo · Cookies · Mehr  
Facebook © 2016

# Reichsbürger Unternehmen

Deutsches Patent- und Markenamt

DPMRegister-Startseite | English | Impressum | Hilfe

## DPMRegister

Patente und Gebrauchsmuster | Marken | Designs | Geografische Herkunftsangaben | Service | DPMAkurier

Einsteiger | Experte | Monitoring | Markenblatt | PIZ-Unterstützung

Sie sind hier: > DPMRegister-Startseite > Marken > Einsteigerrecherche > Trefferliste > Detailansicht

### Trefferlisteneintrag 1 / 1, Auskunft zu einer Markenmeldung

**Aktenzeichen: 3020162247952**

Marke eingetragen  
Stand am: 22.10.2016

[Zurück zur Einsteigerrecherche](#) [Zurück zur Trefferliste](#)

**Stammdaten** [Details schließen](#)

INID	Kriterium	Feld	Inhalt
	Datenbestand	DB	DE
210	Aktenzeichen	AKZ	3020162247952
540	Wiedergabe der Marke	WM	Sonnenstaatland SSL
550	Markenform	MF	Wortmarke
220	Anmeldetag	AT	31.08.2016
730	Anmelder	ANM	Sonnenstaatland SSL Aktiengesellschaft
750	Zustellanschrift	ZAN	GdM, Schinkenstr. 1, 33415 Verl
	Version der Nizza-Klassifikation		NCL10
511	Klasse(n) Nizza	WBK	41
	Aktenzustand	AST	Marke eingetragen
180	Schutzendedatum	VED	31.08.2025
450	Tag der Veröffentlichung	VT	19.09.2016
	Beginn Widerspruchsfrist	BWT	19.09.2016
	Ablauf Widerspruchsfrist	EWT	19.12.2016

Registerauskunft 2 von 38 anzeigen [|<](#) [<](#) [>](#) [>|](#)

[Datenfehler melden](#)

[Zurück zur Einsteigerrecherche](#) [Zurück zur Trefferliste](#) [PDF-Download](#) [St-66 Xml-Download](#) [In DPMAkurier übernehmen](#)

© 2016 Deutsches Patent- und Markenamt | Version 5.1.0-b16 vom 19. September 2016



SSL- Beitrag: „Reichsbürger“ – Wie Online-Aktivsten den Behörden helfen  
21.10.2016 | 16:03 Uhr

„Reichsbürger“ – Wie Online-Aktivsten den Behörden helfen  
Diese Flagge hing auf dem Grundstück des „Reichbürgers“ Wolfgang P. – die Website „Sonnenstaatland“ beobachtete ihn schon seit längerem.

„Reichsbürger“ – Wie Online-Aktivsten den Behörden helfen | WAZ.de - Lesen Sie mehr auf:

<http://www.derwesten.de/politik/reichsbuerger-wie-online-aktivsten-den-behoerden-helfen-id12294523.html#plx235844406>



Foto: dpa

„Berlin. Die Website „Sonnenstaatland“ beobachtet die „Reichsbürger“ schon seit Jahren – und hilft damit auch Strafverfolgern. Ein Interview.

„Reichsbürger“ – Wie Online-Aktivsten den Behörden helfen | WAZ.de - Lesen Sie mehr auf:

<http://www.derwesten.de/politik/reichsbuerger-wie-online-aktivsten-den-behoerden-helfen-id12294523.html#plx2123620123>

*Die Betreiber des Portals „Sonnenstaatland“ decken schon seit 2012 Straftaten der „Reichsbürger“ auf: Meist geht es um Volksverhetzungen in YouTube-Videos, Holocaust-Leugnung oder beispielsweise Mitschnitte von Gerichtsprozessen. Die Betreiber machen es mit Satire. „Das ist unser Mittel der Aufklärung“, sagt Thomas Mahlwitz, einer von ihnen. Weil nicht nur der jüngste Fall aus Bayern zeigt, dass „Reichsbürger“ gefährlich sein können, möchte er seinen echten Namen nicht preisgeben.*

*Die Behörden gehen von einer niedrigen dreistelligen Zahl von „Reichsbürgern“ in Deutschland aus. Wie realistisch ist diese Einschätzung?*

*Mahlwitz: Nicht besonders. Wir gehen stark davon aus, dass die Zahl tatsächlich höher liegt. Es gibt ungefähr ein Dutzend größerer „Reichsbürger“-Organisationen, sogenannte Regierungen, von denen einzelne teilweise schon um die Hundert Mitglieder zählen. Das bedeutet allerdings nicht gleich, dass es sich bei allen Personen um Rechtsextreme handeln muss. Weil es aber um eine geschichtsrevisionistische Ideologie geht, haben die meisten „Reichsbürger“ zumindest eine gewisse Nähe zu nationalistischem Denken.*

*Was sind die Hauptaufgaben Ihrer Arbeit und wie viele Mitarbeiter haben Sie?*

*Mahlwitz: Das „Sonnenstaatland“, das im Jahr 2012 als Reaktion auf die „Reichsbürger“-Gruppe Republik Freies Deutschland gegründet wurde und momentan ungefähr 50 Unterstützer hat, arbeitet auf ganz unterschiedlichen Kanälen: Wir haben eine Facebook-Seite, die Inhalte von „Reichsbürgern“ aus dem Netz fischt und deren Thesen entkräftet. Dabei geht es uns um Aufklärung.*

*Ebenso in unserem Forum und Wiki auf der Website, eine Art Glossar zu den verschwurzelten Thesen der Bewegung. Außerdem haben wir ein Aufklärungs-Buch mit dem Titel „Vorwärts in die Vergangenheit“ herausgegeben. Und dann haben wir auf der Website noch einen Blog – der ist ganz klar Satire.*

*Sicherlich auch mit interessanten Informationen für Verfassungsschützer. Arbeiten Sie mit den Behörden zusammen?*

*Mahlwitz: Wenn wir Straftaten feststellen, leiten wir die entsprechenden Infos an die zuständigen Ämter weiter. In Videos aus dem Netz ist das häufig der Fall. Zumeist handelt es sich dann um Verstöße wie Holocaust-Leugnung oder Volksverhetzung. Auch Videos von „Reichsbürger“ Wolfgang P. hatten wir lange vor der Tat gesichtet. Wir haben gemerkt, dass er immer radikaler wurde.*

*Darüber hinaus wissen wir, dass einige Verfassungsschutzbehörden unsere Seiten sehr aufmerksam lesen. Eine offizielle Zusammenarbeit gibt es aber nicht.“*

Leon Scherfi

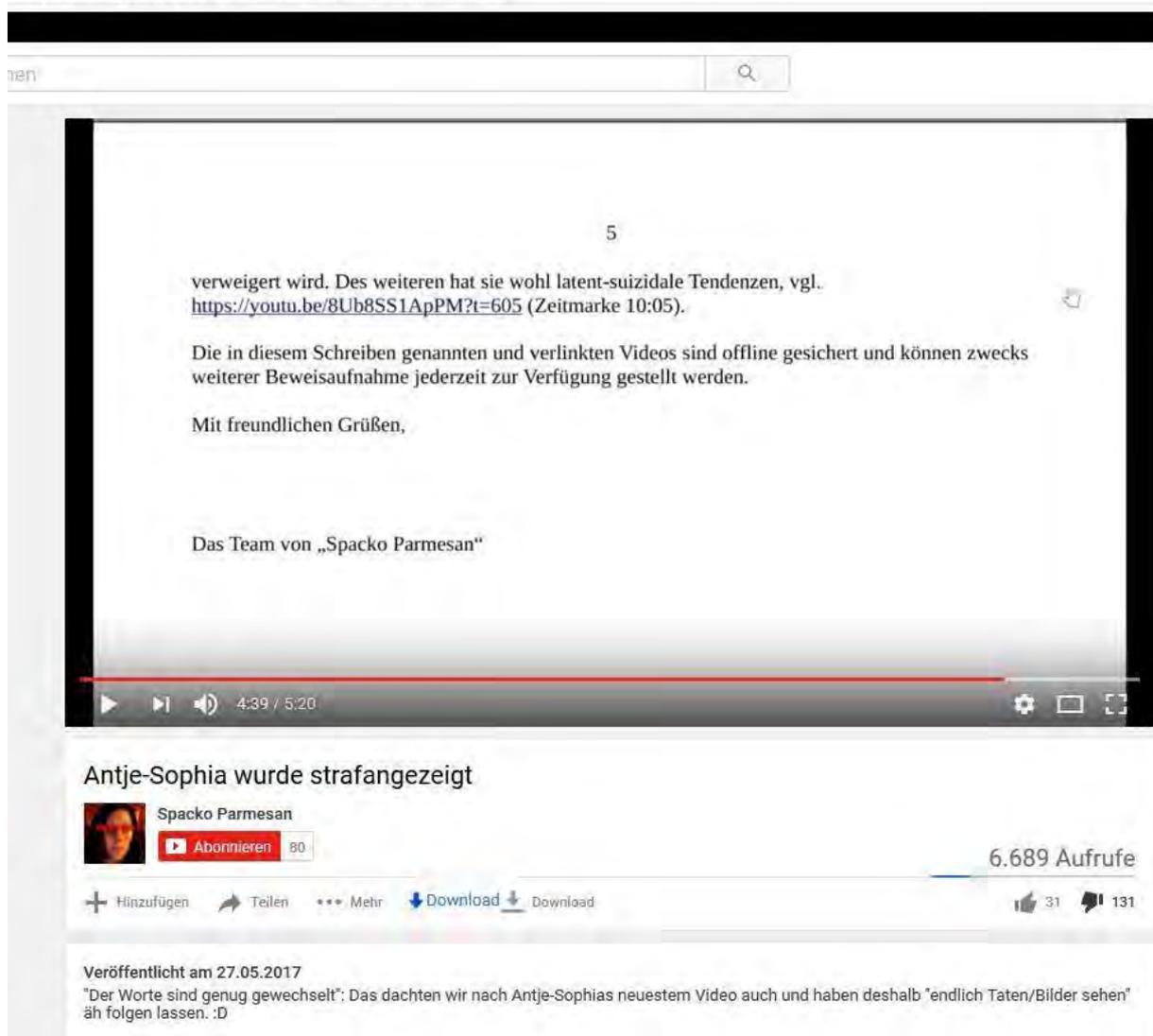
„Reichsbürger“ – Wie Online-Aktivisten den Behörden helfen | WAZ.de - Lesen Sie mehr auf:

<http://www.derwesten.de/politik/reichsbuerger-wie-online-aktivisten-den-behoerden-helfen-id12294523.html#plx423144672>

Beweisquelle <http://www.derwesten.de/politik/reichsbuerger-wie-online-aktivisten-den-behoerden-helfen-id12294523.html>

## Beispiel: typischer SSL- Troll Kanalbetreiber manipulierte Strafanzeigeaktion

<https://www.youtube.com/watch?v=cBv-l6aJxuk&spfreload=1.0>



5

verweigert wird. Des weiteren hat sie wohl latent-suizidale Tendenzen, vgl. <https://youtu.be/8Ub8SS1ApPM?t=605> (Zeitmarke 10:05).

Die in diesem Schreiben genannten und verlinkten Videos sind offline gesichert und können zwecks weiterer Beweisaufnahme jederzeit zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Das Team von „Spacko Parmesan“

Antje-Sophia wurde straf angezeigt

 Spacko Parmesan  
Abonnieren 80

6.689 Aufrufe

Hinzufügen Teilen Metri Download Download

31 131

Veröffentlicht am 27.05.2017  
"Der Worte sind genug gewechselt"; Das dachten wir nach Antje-Sophias neuestem Video auch und haben deshalb "endlich Taten/Bilder sehen" äh folgen lassen. :D"

**NSU - auch wieder nur eine typische False Flag Aktion?**



**Beweisquelle:** <http://friedensblick.de/willkommen/tiefer-staat/>



## **Reichsbürger - Terror in Deutschland nur inszeniert?**

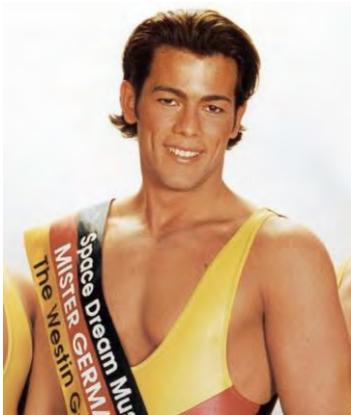
**Uraufführung (Wolfgang) PLAN & (Adrian) URSACHE =**

**Bewaffneter Widerstand gegen Polizei = Reichsbürger =  
gefährlicher Terrorist = neue Gesetze/ Verordnungen gegen die  
Opposition in Deutschland?**

Seit Juli 2016 ereignen sich in Deutschland als terroristisch einzustufende Erscheinungen - Vorkommnisse - Manipulationen - Sabotageakte - Betrugsaktionen und Attacken aller Art gegen die deutsche Opposition staatenlos.info e. V. Die Zersetzungsaktionen werden grundsätzlich durch im verborgenen agierende gesteuerte Kräfte und Menschen verübt und ausgeführt. Diese Menschen sollen offenbar gesteuert über geheimdienstlich politische Interessenskreise und vermutlich dessen geheime Regierungsorganisation - selbst bezeichnende „Regierungsinstitution Sonnenstaatland“ - abgekürzt „SSL“ - und dessen rekrutiert angeschlossenen selbst bezeichnetes Antifa - „Drachenlord Haider Hater Netzwerk“ operieren.

Nahezu zeitgleich wurde durch das gleichgeschaltete deutsche Medien-Pressenetzwerk die sogenannte „Reichsbürger“ - Thematik hochgefahren.

Wiederum zeitgleich ereigneten sich in Deutschland dubios gewaltsame Zwischenfälle zwischen Polizei-Einsatzkräften und dem rumänischen Schauspieler Adrian **URSACHE** – (Beachte das Wort URSACHE als Künstler- Zunamen!)



[https://de.wikipedia.org/wiki/Adrian\\_Ursache](https://de.wikipedia.org/wiki/Adrian_Ursache)

und mit Wolfgang **PLAN** (Beachte das Wort PLAN als Zunamen!) im bayrischen Georgsmünd - mit toten und verletzten Menschen (u. a. Polizisten) in Deutschland.



<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-10/georgensgmueund-razzia-wohnungsdurchsuchung-schuesse-polizisten>

**URSACHE & PLAN = als ein Reichsbürgerprojekt des deutschen Geheimdienstes (?)**

Zeitgleich wurde offenkundig eine Reichsbürger- Propagandaschlacht der deutschen Medien gegen alle kritischen Menschen in Deutschland hochgefahren, wo in fast allen Beiträgen grundsätzlich Bilder von staatenlos.info Veranstaltungen und Beiträge mit/ von staatenlos.info e. V. eingespielt werden, obwohl staatenlos.info e. V. weder mit den imaginären „Reichsbürgern“, „Selbstverwaltern“ u. ä. noch irgendetwas mit den geschilderten Vorfällen zu tun hat.

Alle diese dubiosen Ereignisse tragen deutlich die unverkennbare konspirative Handschrift der Dienste.

Man bemerke das vor Sommer 2016 das Thema „Reichsbürger“ in Deutschland so gut wie unbekannt war und in den Massenmedien und Behörden so gut keine Rolle spielte.

Mittlerweile werden so gut wie alle Straftaten in Deutschland von den Massenmedien und dem SSL- Terrorkomplex imaginären „Reichsbürgern“ zugeordnet und propagandistisch medial ausgeschlachtet.



Alle Menschen die sich heutzutage in Deutschland auf der Grundlage der Gesetze gegen die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen wehren werden von den gesteuerten Aufhetzern öffentlich als „Reichsbürger“, „Querulanten“ und „Papierterroristen“ gebrandmarkt.

So insbesondere auch der Präsident des Vereins staatenlos.info e. V. Rüdiger Hoffmann.

Eine Sachstandsklärung – geschweige denn Abhilfe der Schieflagen ist von der offenkundig (SSL) gesteuerten, politisch befangenen bundesdeutschen Behörden- und Justizorganen völlig ausgeschlossen.

So wird damit wider besseren Wissens von den Verantwortlichen in der Bundesrepublik und dessen gesteuerten Massenmedien einfach indirekt unterstellt die Mitglieder von staatenlos.info e. V. lehnen die Existenz bzw. die Legitimation der Bundesrepublik Deutschland und deren Verwaltungsorgane ab, stellen die Zuständigkeiten derer Organe in Frage, verfügen über eigene Staatsgebiete, gründen neue Staaten in Deutschland, geben eigene Ausweisdokumente heraus.

Alle diese Falschbehauptungen treffen auf den Verein staatenlos.info e. V. – Der Vorstand - dessen Mitglieder, die vielen ehrenamtlichen Helfer und selbstverständlich nicht auf dessen Präsidenten Rüdiger Hoffmann zu.

Wider besseren Wissens werden aber zielgerichtet genau diese erfundenen Propagandathesen in den verleumderischen, volksverhetzenden, ationalsozialistisch fundierten Reichsbürgerschulungen und Schulungspamphleten in den bundesdeutschen Behörden und Justizeinrichtungen - Gerichten den ahnungslosen Zielpersonen wie Mitarbeitern, Führungskräften, Richtern und Staatsanwälten untergejubelt.

Das Regime führt heutzutage alle Dissidenten grundsätzlich gegen deren Willen als Reichsbürger- Selbstverwalter- Querulanten und damit nach eigenen Darstellungen als Terroristen.

Insbesondere damit werden alle Systemkritiker vom System als grundsätzlich gefährlich, gewaltbereit, waffenaffin, bewaffnet eingestuft.

Ziel ist es ALLE Regimekritiker den TERRORISTEN (RAF, NSU, ISIS) gleichzusetzen, um diese Menschen dann als dem Staat „feindlich negative gesinnte Elemente“ - „Staatsfeinde“ – „Terroristen“ entsprechend gewaltsam neutralisieren- beseitigen zu können.

Die Propaganda-Hass-Schulungen und Inhalte erfolgen offenkundig gesteuert über (links-)extremistische Kräfte im bundesdeutschen Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ über private Unternehmen - Nichtregierungsorganisationen - NGOs wie Stiftungen - zum Beispiel die umstrittene „Amadeu Antonio Stiftung“ und dubiosen Vereinen – wie zum Beispiel der Verein: „Demos Demokratie Integration Brandenburg e. V.“

Diese gesteuerten NGO- Unternehmen politischer Interessenskreise und Geheim-Nachrichtendienste werden als gemeinnützig deklariert und anerkannt über die Steuergelder der völlig ahnungslosen bundesdeutschen Bevölkerung großzügig finanziert.

**Beweis: Geheimdienst „Verfassungsschutz“- Reichsbürger- Propagandafilm:**

**„Reichsbürger und Selbstverwalter: Verfassungsfeinde im Kampf mit der Demokratie“**

<https://www.youtube.com/watch?v=HOPvvugTcPs&t=3s&spfreload=10>



## Reichsbürger und Selbstverwalter: Verfassungsfeinde im Kampf mit der Demokratie

Verfassungsschutz Berlin



425 Aufrufe

Hinzufügen Teilen Mehr Download Download



Veröffentlicht am 07.06.2017

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ wollen keine Angehörigen der Bundesrepublik Deutschland sein! Welche Vorstellungen liegen den Reichsbürgern zu Grunde? Wie lässt sich die Szene beschreiben und wie gefährlich sind sie? Welche Handlungsempfehlungen gibt es im Umgang mit Reichsbürgern? Kurz und kompakt widmet sich der Film diesen Fragen. Weitere Infos und Publikationen finden sich auf unserer Webseite [www.verfassungsschutz-berlin.de](http://www.verfassungsschutz-berlin.de)

Kategorie Nachrichten & Politik  
Lizenz Standard-YouTube-Lizenz

WENIGER ANZEIGEN

Das klar erkennbare Ziel der organisierten politischen Reichsbürger - Hetze ist offenbar Vorhalte zu inszenieren um die für die Machthaber unbequeme Opposition staatenlos.info e. V. und dessen Menschen als rechtmäßige Alteigentümer – Anspruchssteller auf das deutsches Stammesgebiet mit der staatsrechtlichen Bezeichnung - Völkerrechtsobjekt „Deutsches Reich“ und in Folge aller systemkritischen Menschen in Deutschland und Europa nötigenfalls auch gewaltsam zu beseitigen.

Beweise: Handbuch-Reichsbuerger\_Amadeu\_Antonio\_Stiftung:  
“Wir sind wieder da“ die Reichsbürger - Überzeugungen Gefahren und Handlungsstrategien“

Beweisquelle: [http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reichsbuerger\\_web.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reichsbuerger_web.pdf)

Beweis-Quelle: <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/01/handbuch-umgang-reichsbuerger-verwaltungen-brandenburg.html>

GdP Polizeischulung Zum Umgang mit Reichsbürgern\_2017\_04

(Offizial-Publikation !) -

<http://www.dgb.de/themen/++co++8f9412f6-96b8-11e6-9bcb-525400e5a74a>

(Offizial-Publikation !) -

<https://publik.verdi.de/2016/ausgabe-02/gewerkschaft/regional/munchen/a3>

(Offizial-Publikation !) Geheimdienstflyer

[http://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/sonstige\\_aufgaben/content/flyer\\_reichsbuerger\\_und\\_selbstverwalter.pdf](http://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/sonstige_aufgaben/content/flyer_reichsbuerger_und_selbstverwalter.pdf)

(Offizial-Publikation !) - „Lagebild Verfassungsschutz Sachsen“:

[http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Lagebild\\_Reichsbuerger\\_und\\_Selbstverwalter.pdf](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Lagebild_Reichsbuerger_und_Selbstverwalter.pdf)

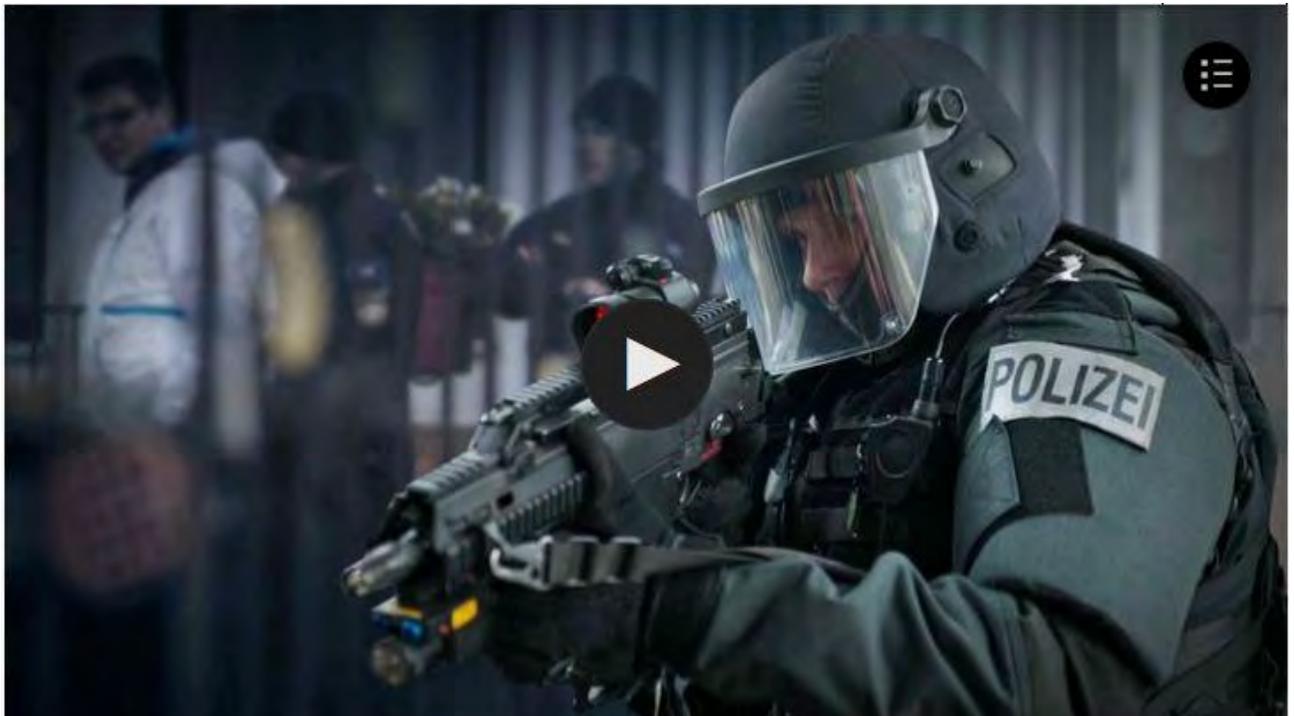
Auf Polizisten geschossen

## "Werden Gesellschaft vor "Reichsbürgern" schützen"

19.10.2016,



Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) will "Reichsbürger" stärker ins Visier nehmen.



Gliederung 

# Strafgesetzbuch

Besonderer Teil (§§ 80 - 358)

18. Abschnitt - Straftaten gegen die persönliche Freiheit (§§ 232 - 241a)

**§ 241a**  
**Politische Verdächtigung**

(1) Wer einen anderen durch eine Anzeige oder eine Verdächtigung der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt- oder Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden, der Freiheit beraubt oder in seiner beruflichen oder wirtschaftlichen Stellung empfindlich beeinträchtigt zu werden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine Mitteilung über einen anderen macht oder übermittelt und ihn dadurch der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr einer politischen Verfolgung aussetzt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Wird in der Anzeige, Verdächtigung oder Mitteilung gegen den anderen eine unwahre Behauptung aufgestellt oder ist die Tat in der Absicht begangen, eine der in Absatz 1 bezeichneten Folgen herbeizuführen, oder liegt sonst ein besonders schwerer Fall vor, so kann auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren erkannt werden.

**= vorläufiges Ergebnis der Reichsbürgerinszenierung sind unzählige Gewaltübergriffe, Tote und Verletzte in Deutschland...**

## WER aber sind heute die Reichsbürger?

**Auszug aktuelle Reichsgesetzgebung in Deutschland**

**Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)**

**Orientierungssatz:**

1. Es wird daran festgehalten (vgl zB BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <26>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches.

=== =====

# Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

## Protokollauszug Die BRD ist keine Heimat

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der BRD.

Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören.

Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kernstaat dar, dem nunmehr die DDR beitrifft. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch....

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

The screenshot shows the official website of the German Bundestag. At the top, there is a navigation bar with language options (Gebärdensprache, Leichte Sprache, English, Français, العربية) and utility links (Hilfe, Inhaltsübersicht, Kontakt). A search bar is located on the right. The main navigation menu includes: Der Bundestag, Dokumente, Mediathek, Kultur & Geschichte, Presse, Besuchen Sie uns, and Service. The current page is a news article titled "Völkerrechtssubjekt 'Deutsches Reich'", dated 30.06.2015. The article text states that the Federal Constitutional Court has ruled that the German Republic is not the successor state to the German Reich, but that the Reich is still the legal subject of international law. The article is attributed to the Bundestag, PuK 2 - Parlamentsnachrichten, with a list of editors and a contact link. On the left side, there is a sidebar with a menu of services like "Aktuelle Meldungen (htb)", "Akkreditierung", "Termine", "Bilderdienst, Bildarchiv", "Mitschnittservice", "Presseokumentation", and "Kontakt". On the right side, there are sections for "Aktuelle Meldungen" and "Zum Thema".



[weiter](#)

[Nichtfamliches Inhaltsverzeichnis](#)

## **Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung Eingangsformel**

Wir ...  
verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des  
Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

[zum Seitenanfang](#)

[Datenschutz](#)

[Seite ausdrucken](#)



[weiter](#)

[Nichtfamliches Inhaltsverzeichnis](#)

## **Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung Eingangsformel**

Wir ...  
verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des  
Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

[zum Seitenanfang](#)

[Datenschutz](#)

[Seite ausdrucken](#)

# Reichsgesetzblatt

## Teil I

1938	Ausgegeben zu Berlin, den 10. Februar 1938	Nr. 12
Tag	Inhalt	Seite
6. 2. 38	Bekanntmachung der neuen Fassung des Einkommensteuergesetzes	121
6. 2. 38	Zweite Verordnung zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes (Zweite EStDV) .....	143

### Bekanntmachung der neuen Fassung des Einkommensteuergesetzes

Vom 6. Februar 1938

Auf Grund des Artikels V des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 1. Februar 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 99) wird der Wortlaut des Einkommensteuergesetzes nachstehend bekanntgemacht.

Berlin, 6. Februar 1938

Der Reichsminister der Finanzen

In Vertretung

Reinhardt

## Einkommensteuergesetz

(EStG 1938)

Vom 6. Februar 1938

### Inhaltsübersicht

I. Steuerpflicht .....	§ 1	7. Nichtabzugsfähige Ausgaben .....	§ 12
II. Einkommen .....	§§ 2 bis 24	8. Die einzelnen Einkunftsarten .....	§§ 13 bis 24
1. Einkunftsarten, Einkünfte, Einkommen	§ 2	a) Land- und Forstwirtschaft .....	§§ 13 und 14
2. Steuerfreie Einkünfte .....	§ 3	b) Gewerbebetrieb .....	§§ 15 bis 17
3. Gewinn .....	§§ 4 bis 7	c) Selbständige Arbeit .....	§ 18
4. Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten .....	§§ 8 und 9	d) Nichtselbständige Arbeit .....	§ 19
5. Sonderausgaben .....	§ 10	e) Kapitalvermögen .....	§ 20
6. Vereinnahmung und Verausgabung ..	§ 11	f) Vermietung und Verpachtung ..	§ 21
		g) Sonstige Einkünfte .....	§§ 22 und 23
		h) Gemeinsame Vorschriften .....	§ 24

# Reichsgesetzblatt

## Teil I

1934	Herausgegeben in Berlin, den 24. Oktober 1934	Nr. 119
Tag	Inhalt	Seite
16. 10. 34	Einkommensteuergesetz (EStG)	1005
16. 10. 34	Mitgliedschaftsteuergesetz (MStG)	1031
16. 10. 34	Reichsdenkmalpflegegesetz (RDMPG)	1035
16. 10. 34	Geleit über die Schöpfung des Kulturdenkmal (Kulturdenkmalpflegegesetz) (Kulturdenkmal)	1050
16. 10. 34	Wahlgesetz (WahlG)	1052
6. 10. 34	Geleit zur Aussetzung des Mitgliedschaftsteuergesetzes	1056
16. 10. 34	Nationalverkehrssteuergesetz (NStG)	1058

## Einkommensteuergesetz (EStG)

Vom 16. Oktober 1934

I. Einwirkung § 1	III. Umwälzung §§ 25 bis 31
II. Einkommen	IV. Lauf §§ 32 bis 34
1. Einkommen, Gehalts, Einnahmen § 2	V. Abtragung der Einnahmen
2. Einkommen-Gehalts § 3	1. Einkommensteuer §§ 35 bis 37
3. Einnahmen §§ 4 bis 7	2. Einkommen von Schenkungen (Schenkungen) §§ 38
4. Uebertrag der Einkommen über die Einkommensteuer	34 42
§ 8 und 9	3. Einkommen von Kapitalerträgen (Kapitalerträgen)
5. Einkommensteuer § 10	§§ 43 und 44
6. Einkommensteuer mit Einkommen § 11	4. Einkommen von anderen Einnahmen § 45
7. Einkommensteuer mit Einkommen § 12	5. Einkommen von Einkommensteuer Einnahmen
8. Die Einkommensteuer	§ 46
a) Einkommen mit Einkommen § 13 und 14	6. Einkommensteuer § 47
b) Einkommen § 15 bis 17	
c) Einkommen mit Einkommen § 18	VI. Befreiung nach dem Einkommen § 48
d) Einkommen mit Einkommen § 19	VII. Befreiung bedingt Einkommen § 49
e) Einkommen § 20	und 50
f) Einkommen mit Einkommen § 21	VIII. Übergänge mit Einkommen § 51 bis 53
g) Einkommen § 22 und 23	
h) Einkommen Einkommen § 24	

## **Die Anwendung von nationalsozialistischen Gesetzen ist seit dem 20.09.1945 verboten.**

Darüber hinaus verweist der Verein auf die Offenkundigkeit, dass es sich bei den sog. **Befreiungsgesetzen** um die SHAEF-Gesetzgebung, die SMAD-Befehle, Proklamationen und Kontrollratsgesetze sowie die in Gesetzesstand erhobenen Entscheidungen der Besatzungsmächte handelt. Hingewiesen wird hier insbesondere auf die „**Tillessen**“ Entscheidung des Tribunal Général de la Zone Francaise d'Occupation in Rastatt vom **06.01.1947**. Auch hiernach ist die **Anwendung nationalsozialistischen Rechts** aus der Zeit von **1933** bis **1945**, aber auch solcher Gesetze aus der Vorzeit von **1933**, verboten, an denen die Nationalsozialisten seit ihrem Einzug in den Reichstag maßgeblich mit beteiligt gewesen sind.

Somit ist Offenkundig, dass die **Anwendung nationalsozialistischer Gesetze** innerhalb der Bundesrepublik Deutschland entsprechend der Befreiungsgesetze verboten ist (vgl. GG Art. **139**/analog) und die Anwendung solcher **NS-Gesetze** durch deutsche Verwaltung und Justiz auch den **Straftatbestand** der „**Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen**“ (vgl. §§ 86, 86a StGB/analog) - in Folge auch analog Verbrechen gegen die Menschlichkeit und illegale Wiederbetätigung erfüllt.

1. 6.4.1933 SparkGiroVerbG Gesetz über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband
2. 9.6.1933 AuslVerbindIG Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland
3. 21.06.1933 WG Wechselgesetz
4. 28.06.1933 GewBezG Gesetz über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen
5. 14.08.1933 ScheckG Scheckgesetz
6. 12.9.1933 RKonkordatBek Bekanntmachung über das Konkordat zwischen dem Deutschen
7. 22.12.1933 FtAusIDRBest Sonderbestimmungen für Auslandsdienstreisen der
8. 27.02.1934 VwVereinfG Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung
9. 8.3.1934 LVBek 1934 Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung vom 8. März 1934 betreffend
10. 8.3.1934 UHVBek 1934 Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung vom 8. März 1934 betreffend Unfall und
11. 8.3.1934 SVBek 1934 Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung vom 8. März 1934 betreffend
12. 9.3.1934 MietPfG Gesetz über die Pfändung von Miet und Pachtzinsforderungen wegen Ansprüche aus öffentlichen Grundstückslasten
13. 5.6.1934 KVBek 1934 Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung vom 5. Juni 1934 betreffend
14. 16.10.1934 EStG Einkommensteuergesetz
15. 16.10.1934 BewG Bewertungsgesetz regelt in Deutschland die steuerliche Bewertung von Vermögensgegenständen und gilt für alle Abgaben und Steuern, die durch Bundesgesetz geregelt sind)
16. 4.12.1934 LagerstG Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz)
17. 13.12.1934 UrhRSchFrVerlG Gesetz zur Verlängerung der Schutzfristen im

## Urheberrecht

- 18.** 14.12.1934 LagerstGDV Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten
- 19.** 4.1.1935 RSiedlGErgG 1935 Gesetz zur Ergänzung des Reichssiedlungsgesetzes
- 20.** 8.8.1935 GBV Verordnung zur Durchführung der Grundbuchordnung
- 21.** 13.12.1935 RBerG Rechtsberatungsgesetz – Außerkrafttreten: 1. Juli 2008
- 22.** 7.1.1936 RHStVtrSWEDV Verordnung zur Durchführung des Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden über Amts- und
- 23.** 8.3.1936 MittelweserG Gesetz über den Grunderwerb für die Kanalisierung der
- 24.** 5.5.1936 GebrMG Gebrauchsmustergesetz
- 25.** 5.5.1936 PatG Patentgesetz
- 26.** 26.06.1936 SchVerschrFrdWäG Gesetz über FremdwährungsSchuldverschreibungen
- 27.** 15.09.1936 WZGBek 1936-09-15 Bekanntmachung zum Warenzeichengesetz über amtliche Prüf-
- 28.** 20.10.1936 RHStAbkFINDV Verordnung zur Durchführung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland über Rechtsschutz
- 29.** 1.12.1936 GewStG Gewerbesteuergesetz
- 30.** 29.12.1936 WpSchCHEGDV Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zum Schutze des Wappens der Schweizerischen Eidgenossenschaft
- 31.** 30.01.1937 AktG Aktiengesetz, Anmerkung: angegeben wird offiziell das Ausfertigungsdatum: 06.09.1965. Dies ist jedoch eine Neufassung durch nicht legitimierte Gesetzgeber.  
Abgeleitet aus ursprünglich: 18. Juli 1884 – Gesetz, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die“
- 32.** 4.2.1937 DepotG Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren
- 33.** 6.3.1937 WZG§35GBRBek Bekanntmachung zu § 35 des Warenzeichengesetzes
- 34.** 11.3.1937 JBeitrO Justizbeitreibungsordnung
- 35.** 18.05.1937 VollstrAbkITA AV Verordnung zur Ausführung des deutschitalienischen Abkommens über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher
- 36.** 3.6.1937 WZGBek 1937-06-03 Bekanntmachung zum Warenzeichengesetz über ein amtliches
- 37.** 30.06.1937 ElbVwGrHmbV Verordnung über die Verwaltung der Elbe im Gebiet Groß-
- 38.** 13.07.1937 VersStDV 1960 Versicherungsteuer-Durchführungsverordnung (VersStDV 1960)
- 39.** 12.08.1937 HRV Verordnung über die Einrichtung und Führung des Handelsregisters (Handelsregisterverordnung)
- 40.** 03.11.1937 VermhDAusbV Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst
- 41.** 04.01.1938 WZG§35IRLBek Bekanntmachung zu § 35 des Warenzeichengesetzes
- 42.** 05.01.1938 NamÄndG Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen
- 43.** 07.01.1938 FamNamÄndGDV 1 Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen
- 44.** 03.02.1938 WZG§35NLDBek Bekanntmachung zu § 35 des

Warenzeichengesetzes

**45.** 11.02.1938 WZG§35CANBek Bekanntmachung zu § 35 des Warenzeichengesetzes

**46.** 27.07.1938 SpielbkV Verordnung über öffentliche Spielbanken

**47.** 31.07.1938 TestG Gesetz über die Errichtung von Testamenten und Erbverträgen

**48.** 08.09.1938 EVO Eisenbahn-Verkehrsordnung

**49.** 23.11.1938 RRHErl Erlaß über die Ernennung der Beamten und die Beendigung des Beamtenverhältnisses im Geschäftsbereich des Rechnungshofs

**50.** 22.12.1938 HypFällIV Verordnung zur Regelung der Fälligkeit alter Hypotheken

**51.** 31.12.1938 ElbVwHHmbV Verordnung über die Verwaltung der Elbe und anderer Reichswasserstraßen durch die Hansestadt Hamburg

**52.** 17.02.1939 HeilprG Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne

**53.** 18.02.1939 HeilprGDV 1 Erste Durchführungsverordnung zum Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung

**54.** 20.02.1939 RHiStAbkITADV Verordnung zur Durchführung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien über Amts- und

**55.** 31.05.1939 RHiGRCAbkAV Verordnung zur Ausführung des deutschgriechischen Abkommens über die gegenseitige

**56.** 15.06.1939 RBkG Gesetz über die Deutsche Reichsbank

**57.** 28.06.1939 RHiGRCAbkBek Bekanntmachung über das deutsch-griechische Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen

**58.** 30.06.1939 SchVermssglntVs Internationale Vorschriften für die Schiffsvermessung (Anlage zu dem Übereinkommen über ein einheitliches System der

**59.** 04.07.1939 VerschG Verschollenheitsgesetz

**60.** 28.07.1939 WZGBek 1939-07-28 Bekanntmachung zum Warenzeichengesetz über ein amtliches

**61.** 28.08.1939 PrisenO Prisenordnung

**62.** 28.08.1939 PrisenGO Prisengerichtsordnung

**63.** 07.05.1940 MündelPfandBrV Verordnung über die Mündelsicherheit der Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen (MündelPfandBrV)

**64.** 12.05.1940 LiBiUrhFrVerlG Gesetz zur Verlängerung der Schutzfristen für das Urheberrecht

**65.** 20.06.1940 WZG§35CHEBek Bekanntmachung zu § 35 des Warenzeichengesetzes

**66.** 26.07.1940 GBWiederhV Verordnung über die Wiederherstellung zerstörter oder abhanden gekommener Grundbücher und Urkunden

**67.** 02.08.1940 RBkPräsErl Erlaß über die Ermächtigung des Präsidenten der Deutschen Reichsbank zur Bestellung von ständigen Vertretern

**68.** 12.10.1940 WZG§35NFKBek Bekanntmachung zu § 35 des Warenzeichengesetzes

**69.** 15.11.1940 SchRG Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und

**70.** 19.12.1940 SchRegO Schiffsregisterordnung

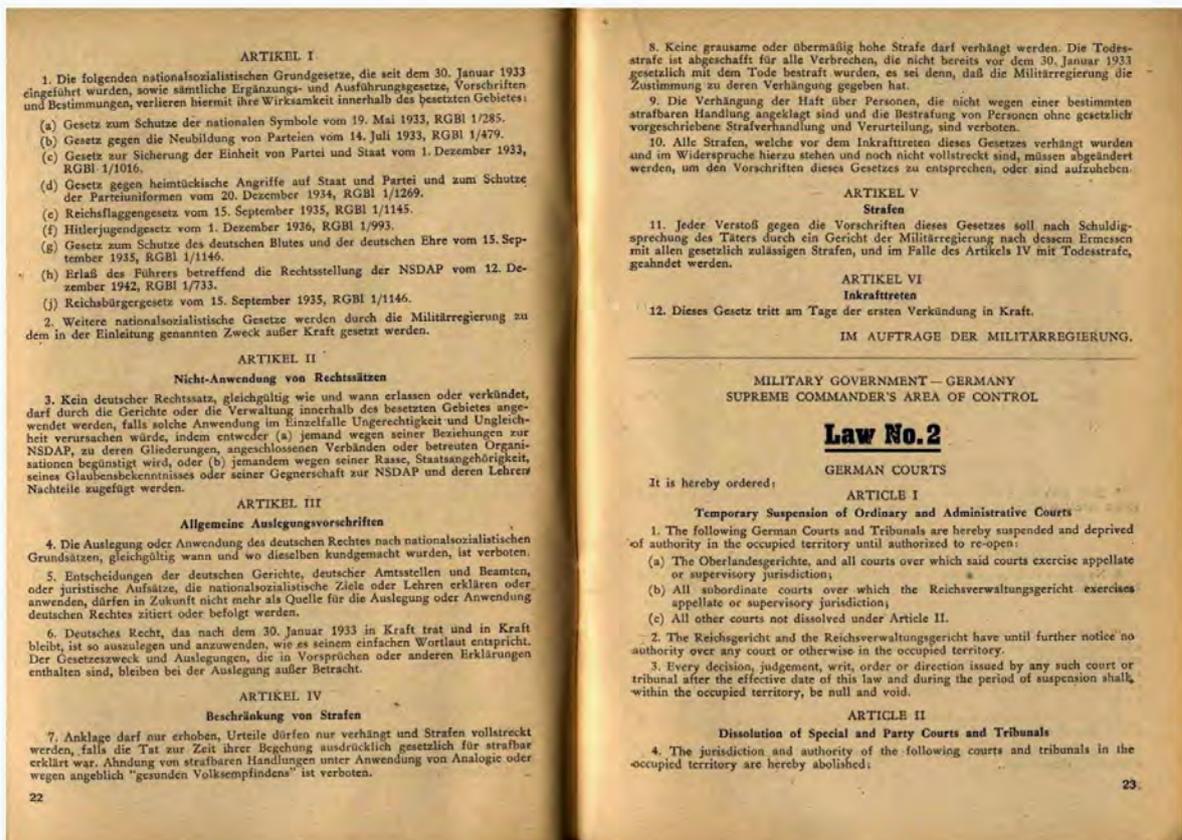
**71.** 04.03.1941 KAEAnO Anordnung über die Zulässigkeit von Konzessionsabgaben der Unternehmen und Betriebe zur Versorgung mit Elektrizität, Gas

**72.** 19.05.1941 KnVAusbauV Verordnung über den weiteren Ausbau der knappschaftlichen

**73.** 18.06.1942 UrkErsV Verordnung über die Ersetzung zerstörter oder abhanden gekommener gerichtlicher oder notarischer Urkunden

- 74. 27.02.1943 A/KAE Ausführungsanordnung zur Konzessionsabgabenanordnung
- 75. 07.12.1943 ErwZulG Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadenersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen
- 76. 22.07.1944 IMFAbk Abkommen über den Internationalen Währungsfonds
- 77. 22.07.1944 IBRDAbk Abkommen über die Internationale Bank für Wiederaufbau und
- 78. 26.10.1944 WasKwV Verordnung über die steuerliche Begünstigung von
- 79. 07.12.1944 IntZLuftAbk Abkommen über die Internationale Zivilluffahrt

**Die Anwendung von NAZI-Gesetzen ist seit dem 20.09.1945 verboten:**



POLITIK MORD UND TOTSCHLAG



30.07.15

## "Nazi-Terminologie hat im Gesetz nichts zu suchen"

Der Zentralrat der Juden unterstützt den Plan von Justizminister Maas, die historisch belasteten Tötungsdelikte im Strafgesetzbuch zu reformieren. Die Union sieht darin ein "ein falsches Signal".

40



Share 230

Twittern

G+ 2

Von Thorsten Jungholt  
Politikredakteur

# KEINE MACHT DEN Reichsbürgern!!

Reichsbürger gibt es seit Hitlers **Reichsbürgergesetz** vom 15.09.1934 !

Es gibt (1) **bekennende** und (2) **juristische/unwissentliche** Reichsbürger !  
Ihre Ausweise enthalten folgende Einträge:

(1) Staatsangehörigkeit / Nationality / Nationalité  
**Deutsches Reich**

(2) Staatsangehörigkeit / Nationality / Nationalité  
**DEUTSCH**

**Kein Reichsbürger** ist, in dessen Ausweis die **Bundesstaatsangehörigkeit\*** und **weder „DEUTSCH“** noch **„Deutsches Reich“** steht !

\*) z. B. Kgr. Bayern, Kgr. Sachsen, Kgr. Württemberg, Fürstentum Lippe etc.

Das **Bayerisches Staatsministerium des Inneren** schreibt:

„Der **Bundespersonalausweis** oder der **deutsche Reisepass** sind **kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit.**“

Quelle: Wikipedia, Staatsangehörigkeitsausweis siehe unter „Einzelnachweise“

**FÜHRER KING**

**Er ist wieder da!**

**DER REICHSBURGER®**

**Sparaktion!**  
Solange die Deutschland GmbH noch besetzt ist nur:  
**88 Cent!**

**jetzt auch bewaffelt!**

**SWICKERS**  
für Linkshänder  
swicklers

\*Swickert in unserer Spezial-Abfüllung gegen ausserirdische Toxinstrahlen.

Durch das geschilderte fortlaufende Fehlverhalten entehren und schädigen die Verantwortlichen nicht nur fortlaufend die Bundesrepublik Deutschland, sondern sie stellen auch eine erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit dar.

## Internationaler Gerichtshof Den Haag: Bundesrepublik Deutschland ist Rechtsnachfolgerin des 3. Reiches von Adolf Hitler!

IGH Den Haag: Die BRD Ist nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs!

3. Februar 2012 Vincernus

87 Kommentare

```
130 ZDFtext Fr 03.02.12 16:03:46
ZDFtext heute
Nachrichten
Entschädigung für Nazi-Opfer: UN-
Gericht urteilt für Deutschland
Deutschland kann nicht vor ausländi-
schen Gerichten wegen NS-Kriegsverbre-
chen verklagt werden. Das oberste UN-
Gericht - der Internationale Gerichts-
hof in Den Haag (IGH) - entschied, dass
Deutschlands Souveränität dadurch in-
frage gestellt wurde.
Ein italienisches Gericht hatte im Jahr
2008 einem italienischen Arbeiter das
Recht auf eine Entschädigung zugespro-
chen. Er war im Jahr 1944 nach Deutsch-
land verschleppt worden und musste
Zwangsarbeit in einer Rüstungsfabrik
leisten. Der IGH sprach dem italieni-
schen Gericht die Zuständigkeit ab.
112 <- Übersicht -> 131
```

Schluß mit der Raterei!

Der Internationale Gerichtshof hat es explizit festgestellt:

siehe auch:

**Klagen gegen Deutschland wegen NS-Taten unzulässig**

Zweites Deutsches Fernsehen ZDF bestätigt:



**Kurzdokumentation zur illegalen täuschend Anwendung verbotenen  
nationalsozialistischen Staatsrecht durch die Verantwortlichen der  
Bundesrepublik Deutschland (BRD)**

**Die Heimat der Deutschen vor 1933**



Republik  
Baden



Freistaat  
Bayern



Freistaat  
Braunschweig



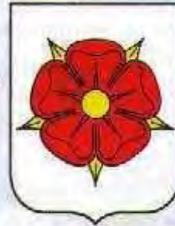
Freie Hansestadt  
Bremen



Freie und Hansestadt  
Hamburg



Volksstaat  
Hessen



Freistaat  
Lippe



Freie und Hansestadt  
Lübeck



Freistaat  
Anhalt



Freistaat  
Waldeck

»Das hier ist Ihre Heimat. Das sind die  
Farben und Wappen Ihrer Heimatstaaten.«



Freistaat  
Mecklenburg-Schwerin



Freistaat  
Mecklenburg-Strelitz



Freistaat  
Oldenburg



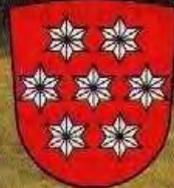
Freistaat  
Preußen



Freistaat  
Sachsen



Freistaat  
Schaumburg-Lippe



Land  
Thüringen



Freier Volksstaat  
Württemberg

**Das unverfälschte gültige Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913**

# Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit **BuStAG (Inland)**

vom 1. Juni 1870

geändert durch  
Bundesgesetz vom 21. Juli 1870 (BGBl. S. 498)

Reichsgesetzes vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87) **RuStAG (Inland)** 01

Reichsgesetz vom 20. Dezember 1875 (RGBl. S. 324)  
Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. August 1896 (RGBl. S. 604)

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, verordnen im Namen des Norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Die Bundesangehörigkeit (1871 Reichsangehörigkeit) wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.

## Reichs-Gesetzblatt.

Jahrgang 1913.

Nr. 46.

Inhalt: Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. S. 555. — Gesetz zur Änderung des Reichsmilitärgesetzes sowie des Gesetzes, betreffend Änderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888. S. 505. — Gesetz, betreffend die Änderung zweier Reichstagswahlkreise. S. 507.

(Nr. 4263.) Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. Vom 22. Juli 1913.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.  
verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Erster Abschnitt.  
Allgemeine Vorschriften.

§ 1.

Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 33 bis 35) besitzt.

**RuStAG**  
**02**

13, 583  
832  
41 I 648  
Unt. Steuern.  
43 I 315  
Wehrmacht

R 13,583  
Hilfs-  
VO  
B 65,05  
68,198

R 13,583 R 14,068 R 13,583 R 13,583 R 13,583 R 13,583

geänd. geänd. GebVO. geänd. geänd. geänd.  
69,1881 70,806 74,809 75,085 74,5714 75,583

R 13,583  
geänd.  
75,1788  
Art 9

**RuStAG**



Die Staatsangehörigkeit **DEUTSCH** ist eine **Kolonieangehörigkeit**.  
 Sie ist **keine Heimatangehörigkeit**

1919 Landesstaatsangehörigkeit 1934

Die Heimatländer von 1919 sind:

- Freistaat Preußen
- Freistaat Bayern
- Freistaat Sachsen
- Freier Volksstaat Württemberg
- Freistaat Baden
- Land Thüringen
- Volksstaat Hessen
- Freie und H. Hamburg
- Freistaat Mecklenburg-Schwerin



- Freistaat Oldenburg
- Freistaat Braunschweig
- Freistaat Anhalt
- Freie und H. Bremen
- Freistaat Lippe
- Freie und H. Lübeck
- Freistaat Mecklenburg-Strelitz
- Freistaat Waldeck
- Freistaat Schaumburg-Lippe

## Deutschland wird zur Kolonie

### Die Eroberungswaffe der Faschisten – Gleichschaltung

Gleichschaltung ist ein Begriff, welcher der nationalsozialistischen Terminologie entstammt. Das Wort entstand 1933, als der **Prozess der Vereinheitlichung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens also des öffentlichen und privaten Lebens**. In der Machteroberungsphase in Deutschland eingeleitet wurde. Ziel war es, bis 1934 den als Zerrissenheit verstandenen Pluralismus in Staat und Gesellschaft aufzuheben.

Mit der Gleichschaltung strebte man an, die **Aktivitäten der Völker in großen gemeinsamen Organisationen zusammenzufassen**, die zugleich dem nationalsozialistischen Verständnis des Volkswillens entsprechen sollten.

Praktisch bedeutete die Gleichschaltung die Überführung von Organisationen in die bestehenden NS-Organisationen. Entweder erfolgte die Gleichschaltung auf Anweisung oder in **vorausgehendem Gehorsam durch sogenannte Selbstgleichschaltung**. Andere Verbände und Organisationen reagierten auf den Druck mit der ersatzlosen Auflösung und Beendigung ihrer Tätigkeit. Allgemein betrachtet war damit die **Einschränkung oder der Verlust der individuellen Persönlichkeit, der Unabhängigkeit, Mündigkeit und Freiheit eines Menschen durch Regeln und Gesetze sowie sonstige Maßnahmen der Gleichsetzung und Vereinheitlichung der Massen** verbunden.

**Wichtige Schritte der Gleichschaltung:** Ausgangspunkt waren die **zwei Gleichschaltungsgesetze vom 31. März 1933 und vom 7. April 1933**, mit denen zuerst die **Länder ihrer relativen Souveränität beraubt wurden** und später die Entsendung von Reichsstatthaltern beschlossen wurde. Mit dem **Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934** wurde der **Entzug der Hoheitsrechte der Länder** vollendet. Die Regelung der Staatsangehörigkeit wurde jetzt Angelegenheit des **Zentralstaats**, so dass laut **Verordnung vom 5. Februar 1934** der Eintrag in den Standesregistern auf die deutsche Staatsangehörigkeit vereinheitlicht wurde. Bis dahin verliehen die Länder ihre jeweilige Staatsangehörigkeit, so dass es in Deutschland Bayern, Braunschweiger, Badener, Preußen, Sachsen usw. gab, aber trotz des seit 1871 bestehenden deutschen Nationalstaates noch keine als Deutsche ausgewiesenen Staatsbürger.

Der **Abschluss der Gleichschaltung der Länder** kann auf den **14. Februar 1934** mit der Auflösung des Reichsrates und der Übernahme der Landesjustizverwaltungen datiert werden. Legalisiert wurde die Gleichschaltung der Länder über **§ 2 der Reichstagsbrandverordnung**, wonach die Reichsregierung in die Kompetenzen der Länder eingreifen konnte, sofern diese nicht für Ordnung und Sicherheit sorgen konnten.

Die **Gleichschaltung von Partei und Staat** erfolgte am 1. August 1934 mit der Auflösung aller Parteien und der **Erklärung der NSDAP zur Körperschaft öffentlichen Rechts**. Zudem wurde das **Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers verschmolzen**. Weitere bedeutende Maßnahmen der Gleichschaltung war die **Beseitigung der pluralen Gesellschaft** mit der Auflösung der Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront und der Zwangsvereinigung der Agrarverbände in den Reichsnährstand. Mit der Ernennung von Joseph Goebbels zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda am 13. März 1933 wurde zudem mit der Errichtung der Reichskulturkammer die Gleichschaltung des kulturellen Lebens begonnen.

Die entscheidende Voraussetzung für die Maßnahmen war das **Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933**, das Hitler gesetzgeberische und vertragliche Vollmachten verschaffte, die er dann zur weiteren **Beseitigung des Pluralismus und der Demokratie** einsetzte.

**Auf die Gleichschaltung reagierten die betroffenen Vereine und Organisationen oftmals mit einer nachgiebigen Position, um einem Verbot und der Auflösung zu entgehen**, was natürlich erfolglos blieb.

Beispiele dafür sind z. B. der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund oder die Organisationen der Arbeiterkultur.

83

# Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Februar 1934	Nr. 14 ✓
5. 2. 34	Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit .....	85

∴ Berlin, den 6. Februar 1934 85

**Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit.**  
Vom 5. Februar 1934.

R 34,85  
rechts  
aufgeh  
99,1623

§ 1

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

1934 Gleichschaltung **StAG = R**

1934 Gleichschaltung **R = StAG**

Herausgegeben von E. Schaeffer, Oberlandesgerichtsrat i. R.

Heft 131

## Neues Staatsrecht

von

a) Die Reichsangehörigkeit wird fortan nicht mehr mittelbar durch zuvorigen Erwerb der Landesangehörigkeit, sondern unmittelbar als „deutsche Staatsangehörigkeit“ erworben.

Leipzig 1936

Verlag W. Kohlhammer . Abteilung Schaeffer

GLEICHSCHALTUNGS - GESETZ v. 05.02.1934

88

# Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Februar 1934	Nr. 14 ✓
	Inhalt	
2. 2. 34	Dritte Verordnung über die Hinanschiebung des Inkrafttretens des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes	83
3. 2. 34	Verordnung über den Vollstreckungsschutz im Verwaltungszwangsverfahren und über die landschaftliche Zwangsverwaltung	84
3. 3. 34	Vierte Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung	84
5. 2. 34	Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit	85

Berlin, den 6. Februar 1934 85

**Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit.**  
**Vom 5. Februar 1934.**

R 34,85  
rechts  
aufgeh  
99,1623  
A 4 Z 1

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

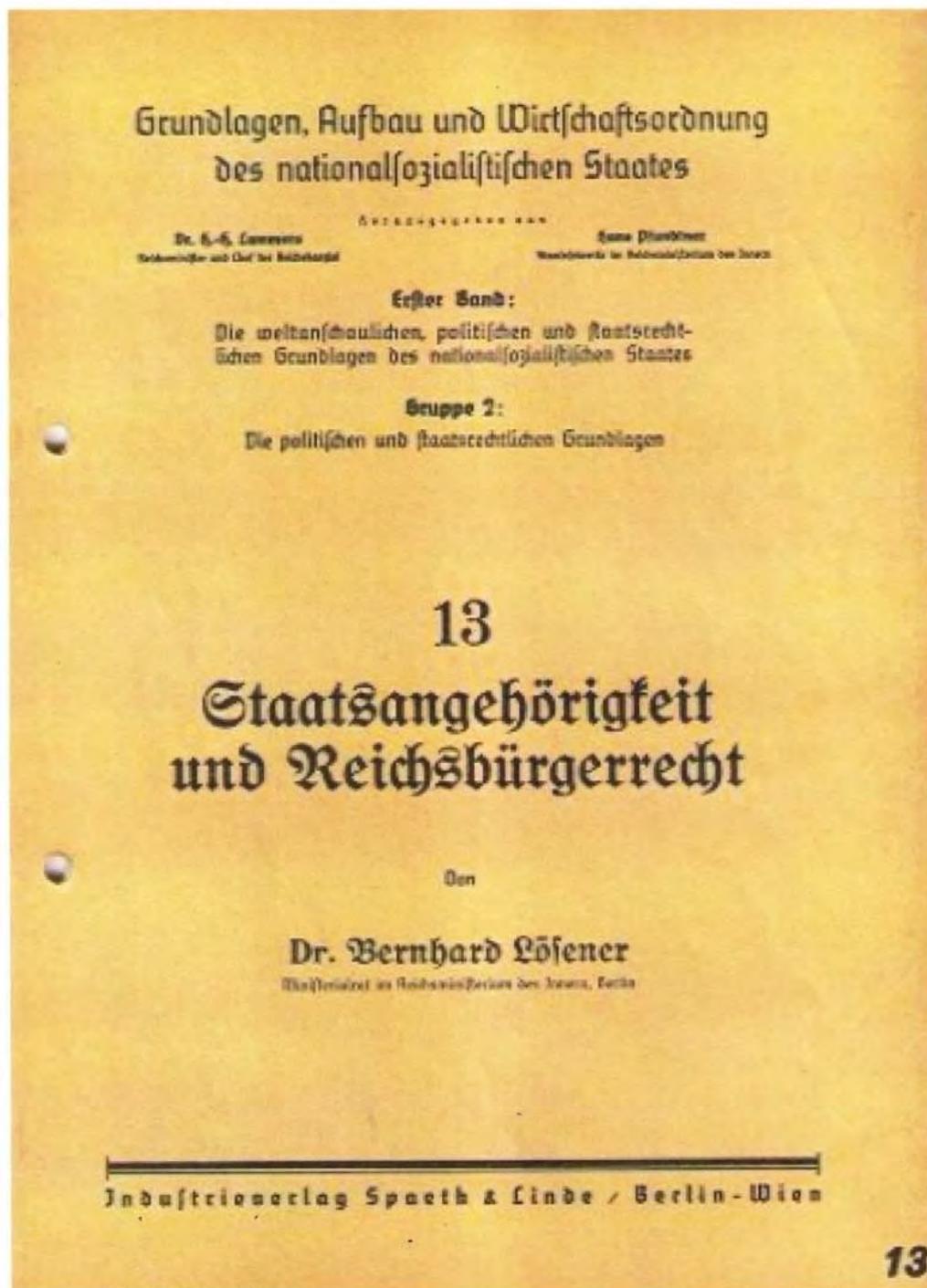
(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

R = StAG

Gleichschaltung    Ausland    DR / DEUTSCH

Zwangsverordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05. Februar 1934

NS- Staatsrechtler Dr. Bernhard Lösener: Deutsche Staatsangehörigkeit = unmittelbare Reichsangehörigkeit aus den Kolonien – beides ist ein und dasselbe



## Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht

von  
Dr. Bernhard Lösener  
Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Berlin

### A. DIE STAATSANGEHÖRIGKEIT

#### 1. Einführung

Die Rechtslehre spricht von einem „Staat“, wenn eine dauernde Vereinigung von Menschen auf einem bestimmten Gebiet unter bestimmter höchster Gewalt nach einer festen Ordnung lebt. Zu einem Staat im Rechtssinne gehören demnach ein Volk, ein Land, eine Staatsgewalt und eine anerkannte, nötigenfalls erzwingbare Lebensordnung, das Recht.

Der wichtigste dieser vier Grundpfeiler des Staates ist das Volk. Die anderen, Land, Staatsgewalt und Recht können wohl einmal in Zeiten geschichtlicher Erschütterungen wechseln oder gar vorübergehend schwinden. Die können wiedererlangt werden, solange das Volk noch genügend gesunde Kraft hat. Schwindet aber einmal das Staatsvolk dahin, so ist der Staat dem hoffnungslosen Untergang geweiht. In welcher Weise das Volk als einheitlicher Organismus zu pflegen und zu kräftigen ist, ist in dem Beitrag über Bevölkerungspolitik ausgeführt worden.

Bei der Betrachtung des Volkes von der Staatsangehörigkeit aus aber bewegen wir uns zunächst ausschließlich auf dem Gebiet des Rechtes, und zwar des \*Staatsrechts. Staatsangehörigkeit ist also ein rein juristischer Begriff, dem die Gefahr anhaftet, die allen Rechtskonstruktionen innewohnt, daß der rein Verstandesmäßige Begriff sich von seinem lebendigen Ursprunge und Sinn loslöst und dann ein Eigenleben zu führen beginnt, das dem wahren Leben fremd und schließlich feindlich werden kann. Da aber ein staatsrechtlicher Begriff der Staatsangehörigkeit notwendig ist, ist es Aufgabe eines gesunden Staatswesens, darüber zu wachen, daß dieser Begriff stets nur mit dem Blick auf das Gesamtvolk gehandhabt wird und seine stets schädliche Überspitzung und sein Abgleiten ins Weltfremde vermieden werden. In welcher Weise dann ein Staat auch die Staatsangehörigkeit zu einem Werkzeuge der Bevölkerungspolitik, ja zu einer politischen Waffe gestalten kann, wird

Änderungen im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht gebracht. Am 14.7.1933 wurde das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit erlassen (RGBl. I S. 480), das dringend nötig war, um dem Reich eine Handhabe zu geben, die schlimmsten folgen volksfeindlicher Einbürgerungspolitik aus der zeit der Novemberrepublik zu beseitigen, und ferner, um eine schwere Ehrenstrafe für flüchtige Verräter an Staat, Volk und Kultur zu ermöglichen (Näheres hierzu unter 11b S.25 f.). Die zweite Änderung ging ans Grundsätzliche: Im Gefolge des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches vom 30.1.1934 (RGBl. I S. 75) und auf Grund der ihm dadurch erteilten Ermächtigung erließ der Reichsminister des Innern die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5.2.1934 (RGBl. I S. 85). Sie war der lange ersehnte und schwer erkämpfte Abschluß einer von viel Leid und Schmach begleiteten geschichtlichen Entwicklung.

Zu dieser historischen Verordnung ist noch folgendes zu sagen:

R=STAG<sup>1</sup>

durch Art. 2 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches vom 30.1.1934 sind mit demselben Tage die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergegangen. Nachdem die eigene Staatshoheit der deutschen Gliedstaaten aufgehört hat zu bestehen, ist auch die besondere Landesangehörigkeit als staatsrechtlicher Begriff gegenstandslos geworden, da die Staatsangehörigkeit nur eine bestimmte Erscheinungsform der Staatshoheit ist (vgl. oben zu 2 S. 2). Damit ist auch der Grundsatz des bisherigen deutschen Staatsangehörigkeitsrechts der Boden entzogen worden, wonach man die Reichsangehörigkeit regelmäßig nur mittelbar, als Folge des Besitzes der Staatsangehörigkeit eines deutschen Landes, erwerben und besitzen konnte (§ 1 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913). endlich ist auch der Unterschied zwischen den Begriffen der mittelbaren und der - bisher immer nur als Ausnahme vorgekommenen - unmittelbaren Reichsangehörigkeit weggefallen. Seit dem 30.1.1934 gibt es nur noch eine unmittelbare Reichsangehörigkeit.

Diese infolge des Gesetzes vom 30.1.1934 eingetretene Änderung auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeitsrechts werden durch §§ 1 und 2 der Verordnung festgestellt:

Deutsche Staatsangehörigkeit --- Reichsangehörigkeit



II. Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Febr. 1934. 7

die Staatsangehörigkeit in einem der deutschen Länder (z. B. die in Preußen oder in Bayern oder in Sachsen) besaß, ist nunmehr „deutscher Staatsangehöriger“ oder, wie er auch benannt wird, „Reichsangehöriger“. Wer bisher die „unmittelbare Reichsangehörigkeit“ nach §§ 33, 34 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes verliehen erhielt, bleibt deutscher Staatsangehöriger. Diese grundsätzliche Änderung in der Bezeichnung der deutschen Staatsangehörigkeit ist in Beurkundungen und Ausfertigungen überall da zu berücksichtigen, wo die Angabe der Staatsangehörigkeit vorgeschrieben oder sonst erforderlich ist. Das ist insbesondere bei Beurkundungen der Standesbeamten der Fall, vergl. dazu Num. 2.

2) Deutsche Staatsangehörigkeit — Reichsangehörigkeit. Beide Benennungen finden sich in Absatz 2 des § 1 vor und bezeichnen ein und dasselbe. Zu den beiden Benennungen führt Dr. Löfener, Oberregierungsrat im Reichsministerium des Inneren, im Reichsverwaltungsblatt und Preussischen Verwaltungsblatt Band 55 (1934) S. 155, insbesondere S. 156 rechte Spalte, aus: „Die beiden Ausdrücke „deutsche Staatsangehörigkeit“ und „Reichsangehörigkeit“ stehen vollwertig nebeneinander. Beide sind bereits eingeführt, und zwar „deutsche Staatsangehörigkeit“, wenn der Gegensatz zur französischen, polnischen oder einer anderen ausländischen Staatsangehörigkeit, dagegen Reichsangehörigkeit“, wenn der Gegensatz zu der aufgehobenen Landesangehörigkeit hervorgehoben werden soll.“

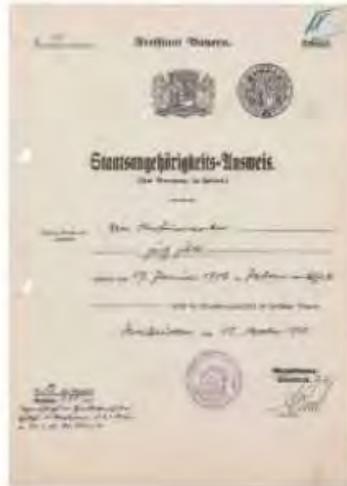
Stehen vollwertig nebeneinander unmittelbare Kolonieangehörigkeit

NS- Staatsrechtler Gustav Zeidler: Deutsche Staatsangehörigkeit = unmittelbare Reichsangehörigkeit aus den Kolonien – beides ist ein und dasselbe

Heimat kollidiert mit DEUTSCH-Land

1919-1933 StA-Ausweis **Weimarer-Republik**

besitzt die StA im Freistaat Bayern



1934 Verordnung über die deutsche StA v. 5.II.1934 **R=StAG**

Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit**



Der Staatsangehörigkeitsausweis **BRD** wird beantragt im  
Ordnungsamt Abteilung **Ausländerbehörde**  
..... ist **deutsche(r) Staatsangehörige(r)**

NS- Glaubhaftmachung „deutsch“/ „DEUTSCH“- eingeführt ab 1934

Angehörigkeit

Deutsch



Deutsch ist keine

HeimatAngehörigkeit



1934 GLEICHSCHALTUNG

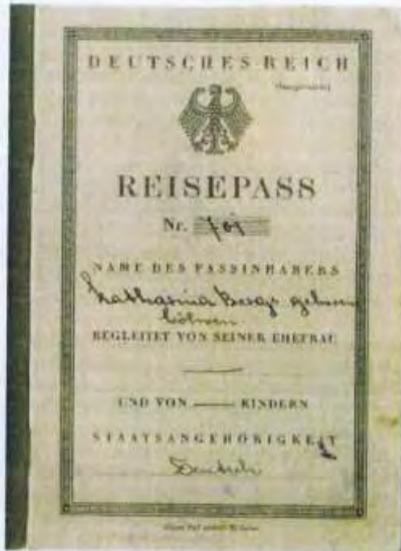
Angehörigkeit DEUTSCH

Die Wahrheit ist einsam solange die Lüge regiert

1934 R=StAG

DEUTSCH

*Deutsch*



*Deutsch*

25.6.1934

R=StAG Gleichschaltung



Kolonie Staats Angehörigkeit

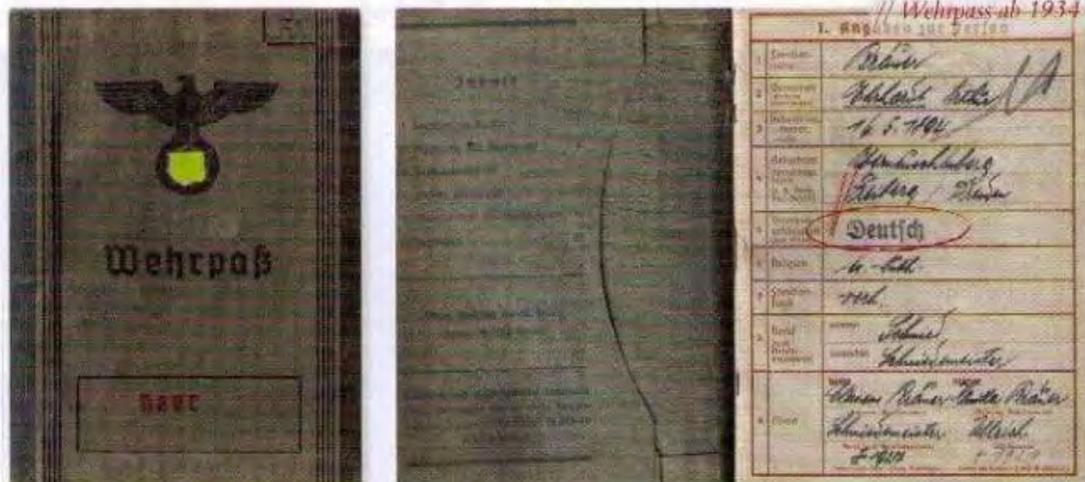
// Reisepass ab 1934



// Arbeitsbuch ab 1934



// Wehrpass ab 1934



## Österreich ..... befreit aus der Zwangsangehörigkeit

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich.  
 Vom 3. Juli 1938.

Auf Grund von Artikel III des Gesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 237) wird folgendes verordnet:

### § 1

- (1) Die bisherige österreichische Bundesbürgerschaft und die Landesbürgerschaft in den ehemaligen österreichischen Bundesländern fallen fort.
- (2) Es gibt nur die deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).
- (3) Soweit nach geltendem österreichischen Bundes-

(2) Deutsche Staatsangehörige, die die deutsche Staatsangehörigkeit seit dem 7. März 1938 durch Einbürgerung oder Anstellung im öffentlichen Dienst erworben und dadurch die österreichische Bundesbürgerschaft verloren haben, sind rechtlich so zu behandeln, als ob der Verlust der österreichischen Bundesbürgerschaft nicht eingetreten wäre.

### § 3

(1) Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Widerruf der Einbürgerung oder Aberkennung der Staatsangehörigkeit auf Grund des Gesetzes vom

Die Österreicher wurden 1945 von der  
 deutschen Staatsangehörigkeit  
 befreit

# STAATSGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1945

Ausgegeben am 14. Juli 1945

16. Stück

89. Gesetz: Überleitung in die österreichische Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz — St-ÜG.).

89. Gesetz vom 10. Juli 1945 über die Überleitung in die österreichische Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz — St-ÜG.).

Die Provisorische Staatsregierung hat beschlossen:

§ 1. (1) Österreichische Staatsbürger sind ab 27. April 1945

- a) die Personen, die am 13. März 1938 die österreichische Bundesbürgerschaft besessen haben;

bürgerschaft, wenn sie nicht eine Verurteilung erlitten haben, die nicht geiligt und gesetzlich nicht tilgbar ist.

(2) Durch das Bekenntnis des Mannes erlangt die Ehegattin die Staatsbürgerschaft des Mannes, sofern die Ehe zu Recht besteht und nicht gerichtlich von Tisch und Bett geschieden ist. Dem Vater oder der unehelichen Mutter folgen auch die nicht eigenberechtigten Kinder.

(3) Der ordentliche Wohnsitz im Sinne dieses Gesetzes wird durch eine lediglich durch Heranziehung zu einer militärischen oder anderen per-



Die deutsche Staatsangehörigkeit ist eine Zwangsangehörigkeit

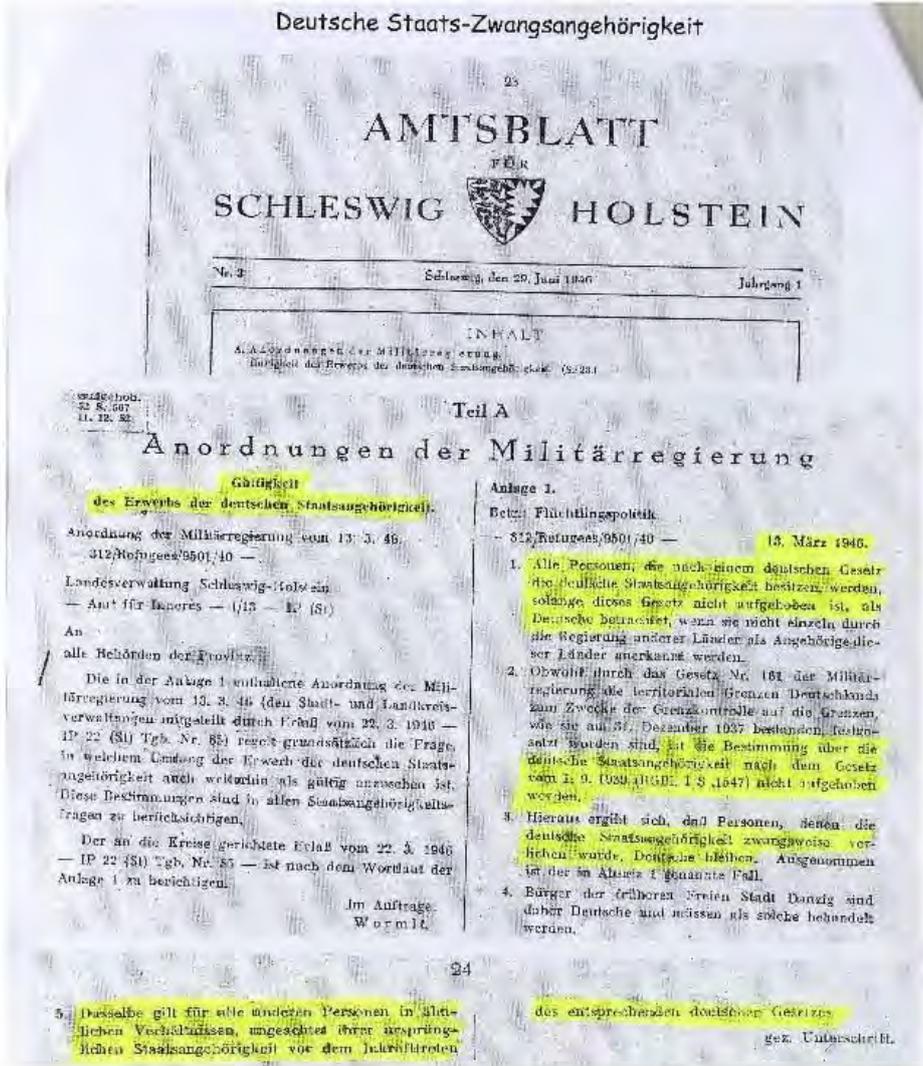
**Österreich wird 1945 aus dem Zusammenschluß „Großdeutsches Reich“ ausgegliedert und von der nationalsozialistischen deutschen Kolonieangehörigkeit befreit.**

**Die Zwangsangehörigkeit R=StAG deutsche Staatsangehörigkeit**

Die Methode der Nazifizierung wird auch in der EU angewendet. Zuerst wird ein Gesetz sprachlich installiert, und dann kommen die Durchführungsgesetze (z. B. ESM).

Die EU-Bewohner werden genau nach dieser Gleichschaltungsstruktur verarbeitet und entmachtet. Die BRD-EU-Gleichschalter täuschen immer nach der gleichen Tothschild-Methode.

**Die vierseitigen Verträge der Alliierten schafften keine Friedensverträge**



**Die Zwangsangehörigkeit wurde (nicht) aufgehoben**

**Deutschland bleibt in der nationalsozialistischen deutschen  
Zwangsangehörigkeit = Kolonieangehörigkeit gefangen**

**LANDKREIS DEMMIN  
DER LANDRAT**



Landkreis Demmin · Der Landrat · PF 12 54 · 17102 Demmin

**HAUPTDIENTSTÄUDE**  
Hauptdienst  
Adolf-Popper-Straße 12 - 15  
17102 Demmin

Postfachanschrift  
Postfach 12 54  
17102 Demmin

Vermerkung (0 39 98) 4 34-0  
Telefax (0 39 98) 4 34-2 30

NEU: [www.landkreis-demmin.de](http://www.landkreis-demmin.de)

Ant	
Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner	Zimmer
Frau Affeldt	319
Sie finden uns	☎ Tel.-Nr.
Hanseufer 3	(0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen

Ort

Datum

33.30.20

Demmin

1. März 2006

**Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005**

Sehr geehrte Frau

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77. 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besaßen, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des *ordre public* – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

**AUSSENSTELLE ALTENTREPTOW**  
Bismarckstr. 6 Postfach 15 99  
17067 Altentreptow 17061 Altentreptow  
☎ (0 39 41) 2 70-0  
☎ (0 39 41) 2 70-2 00  
Telefax

**AUSSENSTELLE MALCHIN**  
Friedr.-Koster-Platz 7 Postfach 12 62  
17130 Malchin 17122 Malchin  
☎ (0 39 94) 2 99 98 84  
☎ (0 39 94) 2 99 98 90  
Telefax (0 39 94) 2 99 79

**KONTO DER KREISSKASSE**  
Sparkasse Neubrandenburg-Demmin  
Kto.-Nr. 110007305  
(BLZ. 150 502 00)

**Der geniale Coup: Bereinigung = Streichung der unmittelbaren  
Reichsangehörigkeit (RAG) im Staatsangehörigkeitsgesetz (STAG)  
- Staatenlos ab 01. 01. 2000 - Inkraftsetzung 8. Dezember 2010 ?**

## Vorgeschichte - Grundlage Deutsche Reichsangehörigkeit

Auszug aus:

[https://geschichte.prepedia.org/wiki/Deutsche\\_Reichsangeh%C3%B6rigkeit](https://geschichte.prepedia.org/wiki/Deutsche_Reichsangeh%C3%B6rigkeit)

### „Synonym

- Deutsche Reichsbürgerschaft
- [Deutsche Staatsangehörigkeit](#)

### Etymologie

Der Begriff *deutsche Reichsangehörigkeit* ist eng mit der [Nationalstaatsbildung der Deutschen](#) verbunden. Er hat seine Wurzeln in der [deutschen Bundesangehörigkeit](#), d. h. in der [Angehörigkeit](#) zum [Norddeutschen Bund](#).

### Anwendung

#### 1914–1945

Der Begriff *deutsche Reichsangehörigkeit* ist eng mit dem [Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz](#) vom 22. Juli 1913 verbunden, welches am 1. Jan. 1914 in Kraft trat.

### Mittelbarer Reichsangehörigkeit

Die **mittelbare Reichsangehörigkeit** oder *direkte Reichsangehörigkeit* wurde über die [Staatsangehörigkeit](#) eines [deutschen Bundesstaates](#) zumeist über [Abstammung](#) erworben. Sie wurde benötigt, dass die einzelnen [Gliederstaaten](#) des [Deutschen Reiches](#) untereinander nicht als [Ausland](#) galten. Auf sie bezieht sich auch § 35 des [Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes](#):

„Auf die unmittelbare Reichsangehörigkeit finden die Vorschriften dieses Gesetzes über die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate mit Ausnahme der Vorschriften des § 4 Abs. 2, des § 8 Abs. 2, des § 10 Satz 2, des § 11 Satz 2, des § 12 Satz 2 und der §§ 14, 21 mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an die Stelle der Zentralbehörde des Bundesstaats der Reichskanzler und an die Stelle der höheren Verwaltungsbehörde der Reichskanzler oder die von ihm bezeichnete Behörde treten.“

– § 35 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913

Ferner definierte das RuStAG in § 25:

„[1] Ein Deutscher, der im Inland weder seinen Wohnsitz noch seinen dauernden Aufenthalt hat, verliert seine Staatsangehörigkeit mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit, wenn dieser Erwerb auf seinen Antrag oder den

Antrag des Ehemanns oder des gesetzlichen Vertreters erfolgt, die Ehefrau und der Vertretene jedoch nur, wenn die Voraussetzungen vorliegen, unter denen nach den §§ 18, 19 die Entlassung beantragt werden könnte.

[2] Die Staatsangehörigkeit verliert nicht, wer vor dem Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit auf seinen Antrag die schriftliche Genehmigung der zuständigen Behörde seines Heimatstaats zur Beibehaltung seiner Staatsangehörigkeit erhalten hat. Vor der Erteilung der Genehmigung ist der deutsche Konsul zu hören.

[3] Unter Zustimmung des Bundesrats kann von dem Reichskanzler angeordnet werden, daß Personen, welche die Staatsangehörigkeit in einem bestimmten ausländischen Staate erwerben wollen, die im Abs. 2 vorgesehene Genehmigung nicht erteilt werden darf.“

– § 25 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913

Mit der Einführung des RuStAG wurde der bisherige Usus aufgegeben, dass *Reichs- und Staatsangehörigkeit* verfielen, wenn der oder die Betreffende sich zehn Jahre außerhalb der Reichsgrenzen aufhielt. Auch waren mit dem Erwerb der *Reichsangehörigkeit* mit den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten verbunden. Im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltung erklärte Adolf Hitler, Führer der NSDAP und deutscher Reichskanzler, am 30. Jan. 1934 die Länder für aufgehoben, was das III. Reich de facto zu einem Einheitsstaat machte. Bereits am 4. Febr. wurden auch die einzelnen Staatsvölker und deren Staatsangehörigkeit für aufgehoben erklärt und durch den Begriff Deutsches Volk und durch eine Einheitsstaatsangehörigkeit (der *unmittelbaren Reichsangehörigkeit*) ersetzt.

## Unmittelbare Reichsangehörigkeit

Die **unmittelbare Reichsangehörigkeit** oder *indirekte Reichsangehörigkeit* wurde im III. Abschnitt des RuStAG in den §§ 33, 34 und in § 35 geregelt:

### „§ 33

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit kann verliehen werden

1. einem Ausländer, der sich in einem Schutzgebiete niedergelassen hat, oder einem Eingeborenen in einem Schutzgebiete;
2. einem ehemaligen Deutschen, der sich nicht im Inland niedergelassen hat; dem ehemaligen Deutschen steht gleich, wer von ihm abstammt oder an Kindes Statt angenommen ist.

### § 34

Einem Ausländer, der im Reichsdienst angestellt ist und seinen dienstlichen Wohnsitz im Ausland hat, muß auf seinen Antrag die unmittelbare Reichsangehörigkeit verliehen werden, wenn er ein Diensteinkommen aus der Reichskasse bezieht; sie kann ihm verliehen werden, wenn er ein solches Einkommen nicht bezieht.

### § 35

Auf die unmittelbare Reichsangehörigkeit finden die Vorschriften dieses Gesetzes über die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate mit Ausnahme der Vorschriften des § 4 Abs. 2, des § 8 Abs. 2, des § 10 Satz 2, des § 11 Satz 2, des § 12 Satz 2 und der §§ 14, 21 mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an die Stelle der Zentralbehörde des Bundesstaats der Reichskanzler und an die Stelle der höheren Verwaltungsbehörde der Reichskanzler oder die von ihm bezeichnete Behörde treten.“

– III. Abschnitt „Unmittelbare Reichsangehörigkeit“ des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913

Die *unmittelbare Reichsangehörigkeit* wurde vom Betreffenden direkt erworben und konnte auch von Amtswegen verliehen werden und wurde, wie bereits erwähnt, in §§ 33 bis 35 RuStAG eindeutig definiert.

Diese konnte nun auch auf Deutschstämmige angewandt werden, die sich nicht im Inland aufhielten. Den Erwerb und Verlust wurde in § 35 RuStAG geregelt. § 2 stellte das Reichsland Elsaß-Lothringen den Bundesstaaten gleich, sodass über die fiktive elsaß-lothringische Landeszugehörigkeit der formaljuristische Schein gewahrt wurde, dass Elsaß-Lothringer über eine *mittelbare Reichsangehörigkeit* verfügten.<sup>[1]</sup> Die formaljuristische Gleichstellung der Schutzgebiete mit dem Inland verlieh deren Einwohnern die Rechtsstellung eines *unmittelbaren Reichsangehörigen*. Im Übrigen orientierte sich das RuStAG eng am Staatsangehörigkeitsgesetz des Norddeutschen Bundes. Der bisherige Verlust der Staatsangehörigkeit (nach 10 Jahren außerhalb des Heimatstaates) wurde erschwert, die Wiedereingliederung ehemaliger Deutscher erleichtert.<sup>[1]</sup>

Die sog. Reichsbürgerbewegung propagiert, dass die Deutschen seit Febr. 1934 formaljuristisch in den Kolonien leben, da Adolf Hitler die *unmittelbare Reichsangehörigkeit* zur Basis der deutschen Staatsangehörigkeit genommen hatte und die Bundesrepublik Deutschland diese Praxis seit 1949 fortführe. Deutsche, so argumentieren sie weiter, seien daher seit 1934 Staatenlose.

Tatsächlich diene diese Kolonialzugehörigkeit in Form der *unmittelbaren Reichsangehörigkeit* als Rechtssicherheit der dortigen Wohnbevölkerung, nämlich dass auch ehemalige Deutsche oder Einheimische der Kolonien international den Schutz des Reiches besaßen, wenn sie die Kolonien verließen und ins völkerrechtliche Ausland gingen. Nicht von ungefähr bestimmte der § 2.2 RuStAG, dass „[d]ie Schutzgebiete [...] im Sinne dieses Gesetzes als Inland“ galten.

De jure waren Inhaber der *unmittelbaren Reichsangehörigkeit* den Reichsdeutschen, d. h. den Inhabern der mittelbaren Reichsangehörigkeit, gleichgestellt und wurden außer- und innerhalb des Reiches als Inländer gehandhabt. Doch bis auf wenige Ausnahmen wurde ihnen nicht das Wahlrecht zugestanden.

Am 4. Febr. 1934 wurde über Führererlass die deutsche Staatsangehörigkeit eingeführt, die sich — aus damaliger Sicht — volljuristisch deckten:

„(2) Deutsche Staatsangehörigkeit – Reichsangehörigkeit. Beide Benennungen finden sich im Absatz 2 des § 1 vor und bezeichnen ein und dasselbe. (...) Die beiden Ausdrücke ‚deutsche Staatsangehörigkeit‘ und ‚Reichsangehörigkeit‘ stehen voll nebeneinander. (...)“

– „*Neues Staatsrecht*“ (1935), II. *Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Febr. 1934*, S. 7

## 1945–2010

Nach dem De-facto-Ende des 2. Weltkrieges hielten die Alliierten am Konzept einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit fest und auch die beiden 1949

etablierten [Teilstaaten](#) gingen davon aus, dass die deutsche Staatsangehörigkeit den Zusammenbruch des Reiches überdauert habe.

Sowohl der [BR Dtschld.](#) als auch der [DDR](#) war es bewusst, dass diese *deutsche Staatsangehörigkeit de facto* mit der *unmittelbaren Reichsangehörigkeit* identisch war.

Infolge ihrer [ideologischen Abgrenzung](#) entschloss sich die DDR 1967 dazu, die deutsche Staatsangehörigkeit durch eine [Staatsbürgerschaft der DDR](#) zu ersetzen, die jedoch die deutsche Staatsangehörigkeit juristisch weiterführte.

Im [ver. Dtschld.](#) wurde das [RuStAG](#) im Zuge mehrerer [Reformen](#) reorganisiert und 1999 in [Staatsangehörigkeitsgesetz](#) (StAG) umbenannt. Am 8. Dez. 2010 erfolgte unter der [Regierung Merkel](#) das [III. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht](#), welches die *unmittelbare Reichsangehörigkeit* nun ersatzlos strich.

„Die Bedeutung der Begriffe ‚Reichs- und Staatsangehörigkeit‘ im Sinne dieses G. hat sich geändert. An die Stelle der ‚Reichsangehörigkeit‘ ist gem. § 1 V 5.2.1934 102-1, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die ‚Reichsangehörigkeit‘ vermittelnde ‚Staatsangehörigkeit‘ in den Bundesstaaten – seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern – ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden.

§ 1: Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

§ 2: Deutscher ist, wer die ... unmittelbare Rang. besitzt. (weggefallen)“

– *Bundesgesetzblatt III, 102-1 vom 8. Dez. 2010*

Rechtlich bedenklich ist die Tatsache, dass anstelle der weggefallenen *unmittelbaren Reichsangehörigkeit* keine neue [Rechtsgrundlage](#) zur bestehenden deutschen Staatsangehörigkeit (und damit zur [deutschen Bundesangehörigkeit](#)) geschaffen wurde; **fälschlicherweise verweist das aktuelle StAG der Bundesrepublik weiterhin auf das RuStAG und nimmt für sich in Anspruch, mit diesem vollidentisch zu sein.**“

Beweisquelle:

[https://geschichte.prepedia.org/wiki/Deutsche\\_Reichsangeh%C3%B6rigkeit](https://geschichte.prepedia.org/wiki/Deutsche_Reichsangeh%C3%B6rigkeit)

#### 1945–2010

Nach dem *De-facto-Ende* des 2. Weltkrieges hielten die Alliierten am Konzept einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit fest und auch die beiden 1949 etablierten Teilstaaten gingen davon aus, dass die deutsche Staatsangehörigkeit den Zusammenbruch des Reiches überdauert habe.

Sowohl der *BR Dtschld.* als auch der *DDR* war es bewusst, dass diese deutsche Staatsangehörigkeit *de facto* mit der *unmittelbaren Reichsangehörigkeit* identisch war.

Infolge ihrer ideologischen Abgrenzung entschloss sich die DDR 1967 dazu, die deutsche Staatsangehörigkeit durch eine *Staatsbürgerschaft der DDR* zu ersetzen, die jedoch die deutsche Staatsangehörigkeit juristisch weiterführte.

Im *ver. Dtschld.* wurde das *RuStAG* im Zuge mehrerer Reformen reorganisiert und 1999 in *Staatsangehörigkeitsgesetz* (StAG) umbenannt. Am 8. Dez. 2010 erfolgte unter der *Regierung Merkel* das *III. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht*, welches die *unmittelbare Reichsangehörigkeit* nun ersatzlos strich.

„Die Bedeutung der Begriffe ‚Reichs- und Staatsangehörigkeit‘ im Sinne dieses G. hat sich geändert. An die Stelle der ‚Reichsangehörigkeit‘ ist gem. § 1 V 5.2.1934 102-1, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die ‚Reichsangehörigkeit‘ vermittelnde ‚Staatsangehörigkeit‘ in den Bundesstaaten – seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern – ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden.

§ 1: Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

§ 2: Deutscher ist, wer die ... unmittelbare Rang. besitzt. (weggefallen)“

– *Bundesgesetzblatt III, 102-1 vom 8. Dez. 2010*

Rechtlich bedenklich ist die Tatsache, dass anstelle der weggefallenen *unmittelbaren Reichsangehörigkeit* keine neue *Rechtsgrundlage* zur bestehenden deutschen Staatsangehörigkeit (und damit zur *deutschen Bundesangehörigkeit*) geschaffen wurde; **fälschlicherweise verweist das aktuelle StAG der Bundesrepublik weiterhin auf das RuStAG und nimmt für sich in Anspruch, mit diesem vollidentisch zu sein.**

#### Siehe auch

- Deutsche Staatsangehörigkeit
- Staatsangehörigkeit der DDR

**Hinweis:** Dieser Artikel ist ein *Deutsche-Geschichte-Wiki* entstanden. Der Inhalt dieser Seite ist unter der Lizenz *CC-BY-SA-3.0* © lizenziert und darf entsprechend unter den dort genannten Bedingungen weiterverwendet werden.

- ↑ 1 2 3 Karl Thiedick: *Deutsche Staatsangehörigkeit im Bund und in den Ländern*, § 5 Reichs- und Staatsangehörigkeit im Kaiserreich, S. 43.

Kategorien: Nationales Recht | Recht (Deutsches Reich) | Eingeführt 1913 | Abgeschafft 2010

## Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Vom 15. Juli 1999

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### Artikel 1

#### Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2942), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

„Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)“.

würde sonst staatenlos. Die Rechtsfolge nach Satz 1 tritt nicht ein, wenn der deutsche Elternteil die Geburt innerhalb eines Jahres der zuständigen Auslandsvertretung anzeigt. Sind beide Elternteile deutsche Staatsangehörige, so tritt die Rechtsfolge des Satzes 1 nur ein, wenn beide die dort genannten Voraussetzungen erfüllen.“

4. § 7 wird wie folgt gefaßt:

„§ 7

Ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, erwirbt mit der Ausstellung der Bescheinigung gemäß § 15 Abs. 1 oder 2 des Bundesvertriebenengesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Erwerb der deutschen Staatsange-

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

## Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist"

**Stand:** Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 | 1864

### Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980 +++)

Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 | 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 | 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe "Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der "Reichsangehörigkeit" ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die "Reichsangehörigkeit" vermittelnde "Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden

### § 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

**§ 2** Deutscher ist, wer die ... unmittelbare Rang. besitzt.

(weggefallen)



**Die Verantwortlichen der BRD- Verwaltungen verweigern auch heute die Entnazifizierung der Deutschen – Rückführung in die Heimatangehörigkeit vor 1933 gemäß RuStaG vom 22. Juli 1913 und damit die Erfüllung des Potsdamer Abkommens?**

Erfüllung des Potsdamer Abkommens:

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin  
[("Potsdamer Abkommen")

vom 2. August 1945]

III.  
Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen worden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle. Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. *Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.*

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“

**Quellverweis:** <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

**Die Rechtsgrundlage für die Befreiung von Deutschland und in Folge der Welt aus der Gleichschaltungskolonie ist die bis heute offenbar volle Gültigkeit des alliierten Besatzungsrechts/ Besatzungsstatuts in Deutschland.**

Das bedeutet die Umsetzung Artikel 139 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

Fortgelten der Entnazifizierungsvorschriften aus \*SHAEF – SMAD:

*„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“*

Beweis: Verfassung des BRD- Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 -  
zum 26.07.2014 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

Artikel 159:

*„Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigem deutschem Recht bleibt unberührt.“*

Beweis Banken AGB:

*„...Die Finanzagentur haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt,...Verfügung von Hoher Hand im In- und Ausland eintreten.“*

Schluss - Artikel 146 Geltungsdauer - Laufzeit alliiertes Militär- Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

*“Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“*

Alle nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen wurden durch die Alliierten im rechtsgültigen SHAEF- Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben:

Beweis SHAEF- Gesetz Nr. 1 Artikel III *„...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten....“*

Einer der vielen Entnazifizierungsblockaden durch Verantwortliche deutscher Behörden:



Bundesverwaltungsamt

Bundesverwaltungsamt, 50725 Köln



Herrn

HAUPTANSCHRIFT Eugener Straße 125, 50933 Köln

POSTANSCHRIFT 50725 Köln

TEL +49(0)22899358-4172 oder +49(0)221 758-4172

FAX +49(0)22899358-2846 oder +49(0)221 758-2846

ANSPRECHPARTNER Herr Peterlini

E-MAIL Peter.Peterlini@bva.bund.de

INTERNET www.bundesverwaltungsamt.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

29.01.2015

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

SI12-ESTA

Datum

02.02.2015

### Staatsangehörigkeitsangelegenheiten in Bundeszuständigkeit

Sehr geehrter Herr

bei dem Register ESTÄ (Entscheidungsregister in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten) handelt es sich um ein Online-Register, in welchem die deutschen Staatsangehörigkeitsbehörden Informationen über staatsangehörigkeitsrechtliche Entscheidungen speichern. Die dort gespeicherten Daten entfalten keine Außenwirkung. Die aus dem Register nach den Vorschriften des Informationsfreiheitsgesetzes erteilten Auskünfte beinhalten ausschließlich den tatsächlichen Registerinhalt.

Maßgeblich für Ihren staatsangehörigkeitsrechtlichen Status ist ausschließlich der Inhalt des Ihnen ausgestellten Staatsangehörigkeitsausweises und nicht der des Registerauszuges. Ihr Widerspruch geht deshalb in's Leere.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Peterlini

#### Dienstleistungen

Eugener Straße 125, Köln (Bauwerk)  
Einrichtung für öffentliche Verkehrsmittel  
Raum Nr. 140, 141, Haltestelle „J. Linnemanns Platz“  
Eugener Straße 140, Haltestelle „Technologie Park“  
Eugener Straße 1, Haltestelle „Eugener Straße“  
50933 Köln 12, 13 Haltestelle „Müngersdorf/Technologie Park“

#### Verkehrsmittel

Anzahl der Abfahrten  
Mo, Mi, Sa, So: 11:30 Uhr

#### Übersetzungspflichten

Bundesgesetz über  
Konten  
Deutsche Bundesbank Köln (Abteilung)  
K. 100 013.25 (KZ 08-00 02)

Für Übersetzungen des von Ausländern  
Internationale Banknummer (IBAN)  
DE 41 000 000 000 000 000 00  
Bankleitzahl (BLZ)  
500207 000

**Nazi-Unrecht ist bis zum heutigen Tag unverhandelbar streng verboten!**

**Artikel 139 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland legt das Fortgelten des alliierten Besatzungsrechts – der Entnazifizierungspflicht fest.**



**juris**

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

## **Art 139**

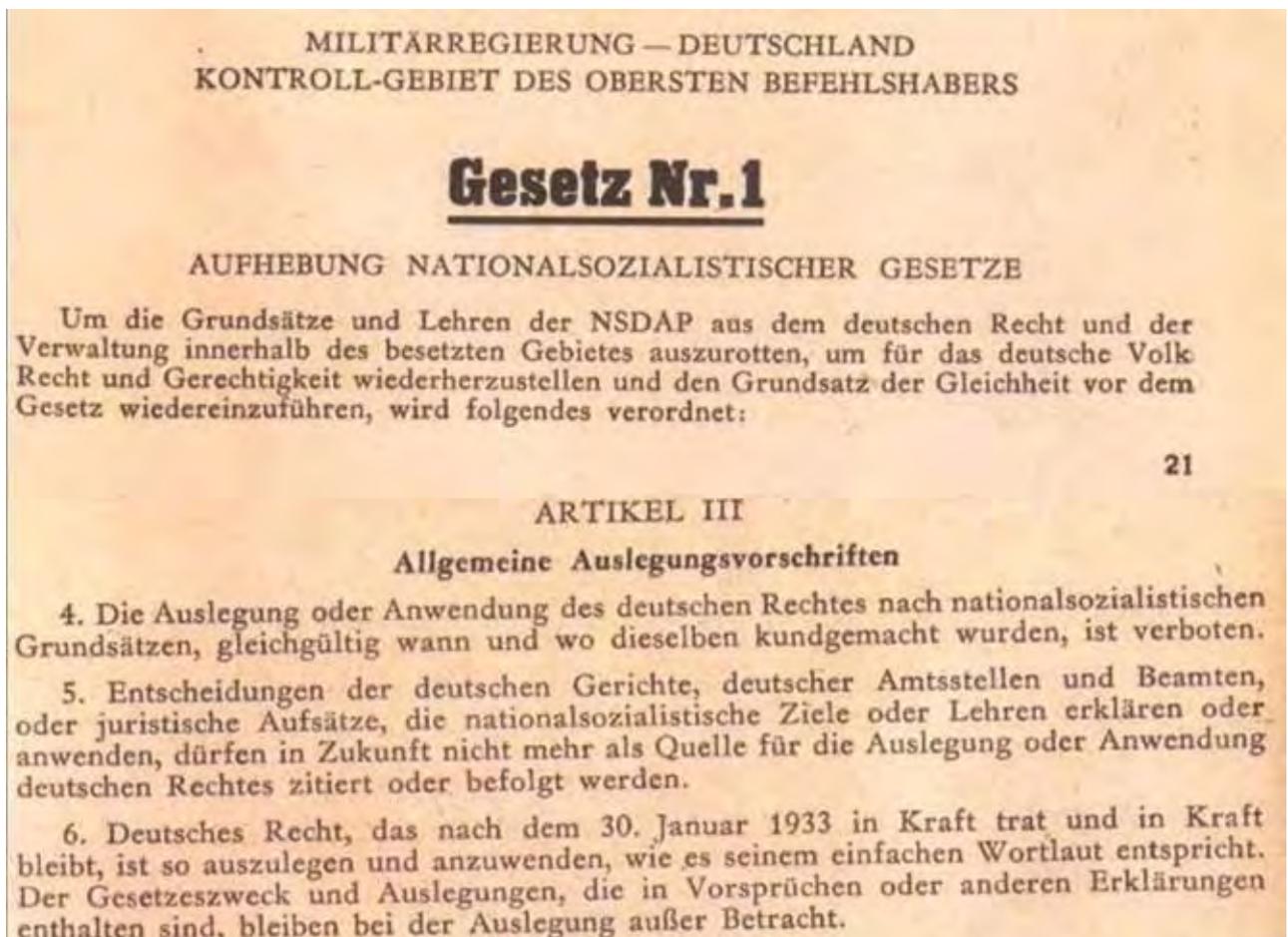
Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

[zum Seitenanfang](#)

[Datenschutz](#)

[Seite ausdrucken](#)

### **Auszug aus den alliierten Vorschriften**



**Kann es sein?: Rechtsbankrott in Kombination mit der verbotenen inhaltlichen Anwendung des nationalsozialistischen Staatsrechts = die Gleichschaltungsgesetze von Adolf Hitler bedeutet, dass die faschistische Diktatur ist in Deutschland offiziell eingerichtet ist.**

**Dazu kommt vermutlich ein langfristig geplantes militärstrategisches Projekt \*Installation des Islamischen Staates in Deutschland & Europa – mit der Parole „Refugees Welcome“: Inszenierte Völkerwanderung mit Evakuierung islamistischer Gottesstaat- Söldner aus Syrien, Irak, Afghanistan, Lybien, Kaukasus usw. nach Deutschland.**

**Mit diesen völkerrechtlichen Verstößen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit greift unter anderen Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland für existenziell betroffene deutsche Bevölkerung und gemäß und die Haager Landkriegsordnung - HLKO Artikel 42 - 43 die zwingende Notwendigkeit des Eingreifens der alliierten Hohen Hand – Anti Terror- Allianz – der internationalen Weltgemeinschaft in Deutschland zur Wiederherstellung der Ordnung in Deutschland - Europa und in Folge der Welt.**

*Beweis: Im Artikel 42 bis 56 der HLKO sind Regelungen zum Verhalten einer Besatzungsmacht auf besetztem feindlichen Gebiet festgelegt. Ein Besatzer ist unter anderem verpflichtet, die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten (Artikel 43). Einziehung von Privateigentum ist ebenso verboten wie Plünderungen. (Artikel 46 und 47)*

## Grundgesetz

(I. Der Bund und die Länder (Art. 20 - 37))

### Artikel 20

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

**Damit greift analog**

# Strafgesetzbuch

Gliederung 

Allgemeiner Teil (§§ 1 - 79b)

2. Abschnitt - Die Tat (§§ 13 - 37)

4. Titel - Notwehr und Notstand (§§ 32 - 35)

## § 34

### Rechtfertigender Notstand

Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.

## Die Bundesrepublik ist NICHT der Rechtsnachfolger des Völkerrechtssubjekts „Deutsches Reich“



The screenshot shows the website of the German Bundestag. At the top, there are navigation links for language (Gebärdensprache, Leichte Sprache, English, Français) and utility links (Hilfe, Inhaltsübersicht, Kontakt). A search bar is present with the placeholder text "Suchwort eingeben". The Bundestag logo and name are prominently displayed. Below the navigation bar, there is a menu with categories: Der Bundestag, Dokumente, Mediathek, Kultur & Geschichte, Presse, Besuchen Sie uns, and Service. The main content area features a breadcrumb trail: Startseite > Presse > Aktuelle Meldungen (hib) > 06. The article title is "Völkerrechtssubjekt 'Deutsches Reich'". The date is "Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015". The text of the article states: "Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt 'Deutsches Reich' nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort (18/5178) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 (18/5033). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der 'These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches' erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, 'damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann'." Below the article text, there is a promotional message for the "Deutscher Bundestag" app. To the right of the article, there is a sidebar with the following sections: "Herausgeber" (Deutscher Bundestag, PuK 2 - Parlamentsnachrichten), "Verantwortlich" (Jörg Biallas), "Redaktion" (Alexander Heinrich, Claudia Heine, Michael Klein, Claus Peter Kosfeld, Hans Krump, Hans-Jürgen Leersch, Johanna Metz, Helmut Stoltenberg, Alexander Weinlein), "Aktuelle Meldungen" (In den aktuellen Meldungen suchen), and "Zum Thema" (Allgemeine RSS-Feeds). A left sidebar contains a menu with items like "Pressemitteilungen", "Aktuelle Meldungen (hib)", "Akreditierung", "Termine", "Bilderdienst, Bildarchiv", "Mitschnittservice", "Pressedokumentation", and "Kontakt".

## IGH Den Haag: Die BRD Ist nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs!

3. Februar 2012 Vincemus

87 Kommentare

```
130 ZDFtext Fr 03.02.12 16:03:46
ZDFtext heute
Nachrichten
Entschädigung für Nazi-Opfer: UN-
Gericht urteilt für Deutschland
Deutschland kann nicht vor ausländi-
schen Gerichten wegen NS-Kriegsverbre-
chen verklagt werden. Das oberste UN-
Gericht - der Internationale Gerichtshof
in Den Haag (IGH) - entschied, dass
Deutschlands Souveränität dadurch in-
frage gestellt würde.
Ein italienisches Gericht hatte im Jahr
2008 einem italienischen Arbeiter das
Recht auf eine Entschädigung zugespro-
chen. Er war im Jahr 1944 nach Deutsch-
land verschleppt worden und musste
Zwangsarbeit in einer Rüstungsfabrik
leisten. Der IGH sprach dem italieni-
schen Gericht die Zuständigkeit ab.
112 <- Übersicht -> 131
```

Schluß mit der Raterei!

Der Internationale Gerichtshof hat es explizit festgestellt:

siehe auch:

[Klagen gegen Deutschland wegen NS-Taten unzulässig](#)

## Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

### Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl zB BVerfG, 1958-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <26>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches.

=== =====



***“Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen.”***

Amerikanische Regierungsanweisung  
ICG 1067, April 1945  
(vgl. “Welt” vom 4. Juli 1994)

**“Wir haben keinen Staat zu errichten!”**

**Carlo Schmid**

3.12.1896 - † 11.12.1979

**SPD Politiker**

Grundsatzrede über das Grundgesetz  
im Parlamentarischen Rat vom 1948-09-08

[www.deutschlandforum.biz](http://www.deutschlandforum.biz)

**Konrad Adenauer über  
das Grundgesetz als  
von den Siegermächten  
diktiert<sup>es</sup> Provisorium  
zur Aufrechterhaltung  
der Grundordnung:**



**„Wir sind keine Mandanten  
des Volkes, wir haben den  
Auftrag von den Alliierten.“**

Zitat aus „Die Deutschlandakte“ von Hans Herbert von Arnim, Seite 17; Bild: Bundesarchiv



Willy Brandt

„Dieses Grundgesetz haben uns  
die Amerikaner, um es vorsichtig  
zu sagen, anempfohlen.  
Man könnte auch sagen, auferlegt.“

BUNTE, 14.2.1991, S. 94





und viele weitere mehr...

Reichsbürger- Ente over & out!

